

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkältigen Volkes

Abohnenpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mf., bei Selbstabholung 5.50 Mf. Durch die Post bezogen vierstündiglich 18.— Mf. für einen Monat 6.— Mf. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4696. — Postscheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 10/21 — Telefon 4596

Interratenpreise: Die 7 gehaltene Kolonialsäule oder deren Raum 1.90 Mf.
bei Blattzeitung 2.30 Mf.; Familienanzeige, die 7 gehaltene Zeile 1.70 Mf.
Kellame-Kolonialsäule 7.50 Mf. — Telefon für die Interraten-Abteilung 2721
Schluß der Interraten-Annahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

An die werkältige Bevölkerung Deutschlands.

Proletarierinnen! Proletarier!

Hunger und Seuchen wüten in Russland. Viele Millionen russischer Menschen sind unmittelbar am Leben bedroht. Hunderttausende haben ihre ausgedörrten Wohnstätten verlassen und ziehen ohne Nahrung in die Weite. Tausende fallen täglich der würgenden Not und tödlichen Krankheiten zum Opfer.

Mazim Gorki, der große Dichter des leidenden Volkes, hat die Welt zu Hilfe gerufen. Die werkältige Bevölkerung Deutschlands hat den Ruf gehört; sie eilt zu Hilfe, sie will ihre Menschenpflicht an hungernden und kranken Menschen erfüllen, sie will dem russischen Proletariat die proletarische Solidarität durch die Tat befunden.

Groß ist die Not und schwer zu tragen in den Ländern, auf denen nach der Niederlage in dem ruchlos angezettelten Kriege die Friedensschlüsse der Gewalt und der Ausbeutung lasten. Auch in den Ländern der Sieger hat der Krieg und sein Abschluß, hat die Vernichtung ungeheurer Werte an Menschen und Gütern, hat die riesige Störung des Welthandels breiten Schichten der Bevölkerung die Grundlage der wirtschaftlichen Existenz gestört oder gefährdet. Über riesenhaft, weit über alle Möglichkeit der Messung und des Vergleichens türmt sich jetzt die Not und das Leiden des russischen Volkes auf.

Jetzt und hier gilt nicht die Frage nach dem politischen System von Sowjetrußland, gilt nicht die Kritik von Handlungen und Unterlassungen der Sowjetregierung. Die Vernichtung der russischen Wirtschaft macht die Wirtschaft der Welt sich und elend, der Hunger und die Seuchen kennen keine nationalen Grenzen. Das Schicksal des russischen Volkes wird zum Schicksal der Menschheit. Es zu wenden, müssen alle Kräfte der bewohnten Erde zusammenwirken.

Zunächst sind Nahrungs- und Heilmittel nötig. Ihre Solidarität, werkältige Frauen und Männer, muß sie beschaffen. In Stadt und Land, in jeder Arbeitsstätte muß der Werkältige sich selbst für das russische Proletariat einzehren.

Ein Arbeitsstag im Monat für das russische Volk!

Der Geldertrag der proletarischen Opferlage wird durch die Bezirksleitungen der Partei gesammelt. Die Bezirksleitungen führen die Gelder an das Zentralkomitee ab.

Damit nicht genug. Wir rufen die Mütter auf, sich der

Kinder Russlands anzunehmen. Erhaltet in ihnen die Zukunft des Sozialismus! Haben deutsche Kinder das Netzwerk proletarischer Solidarität in der Schweiz, in den nordischen Ländern und wo immer erlebt, so mögen es russische Kinder im notbedrängten Hause deutscher Mütter erleben! International ist die Sprache des werkältigen Sozialismus. — Ueber die Organisation der besonderen Fürsorge für die Kinder werden wir nach Verständigung mit den russischen Genossen weitere Mitteilung machen.

Anzutreben ist eine gemeinschaftliche Aktion aller sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften. Das Zentralkomitee sieht seine Bemühungen fort, sie herbeizuführen und rechnet auch hier auf die Mitwirkung aller Werkältigen in Stadt und Land.

Diese Aktion muß sich notwendigerweise auch auf politischem Gebiete entfalten.

Die Regierungen in den einzelnen Ländern sind es, die die staatlichen Mittel in Händen haben, um die vom Proletariat ausgebrachten Hilfsmittel auf schnellstem Wege und unter den günstigsten Bedingungen dem russischen Volke durch seine Regierung zuzuführen. Darüber hinaus müssen die Regierungen erkennen und alle Schichten der Bevölkerung in ihren Herrschaftsgebieten erkennen lassen, daß die Not des russischen Volkes und die Gefahren, die daraus allen Völkern drohen, nur mit den zusammengesetzten Wirtschafts- und Finanzkräften aller Völker bekämpft werden können. In allen Ländern haben die sozialistischen Parteien auch hier wieder ihre geschichtliche Aufgabe zu erfüllen, die Regierungen und die bürgerlichen Schichten voranzutreiben.

Und nun ans Werk Genossinnen und Genossen! Krieg dem Hunger — Tod dem Tode!

Es lebe die Internationale des werkältigen Sozialismus!

Berlin, den 27. Juli 1921.

Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Aufforderung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien.

Das Sekretariat der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien hat an die angeschlossenen Parteien ein Rundschreiben gerichtet, in dem es auffordert, die Hilfsaktion für das durch Hunger und Seuchen bedrohte russische Proletariat tatkräftig zu unterstützen.

Der Kampf gegen den Hunger in Russland.

DR. Riga, 27. Juli. Die Sowjetregierung hat dem Hilfskomitee für die Bekämpfung der Hungersnot das Recht eingeräumt, im In- und Auslande selbständige Verträge abzuschließen und Warenbestellungen vorzunehmen. Alle gesellschaftlichen Operationen des Hilfskomitees unterliegen der Staatskontrolle nicht, es ist dem Zentralexekutivkomitee lediglich eine Abrechnung für die verausgabten Gelder einzureichen. Alle Regierungsstellen sind verpflichtet, dem Hilfskomitee bei seiner Arbeit größtes Entgegenkommen zu zeigen. Zum Ehrenvorstand des Hilfskomitees wurde der berühmte russische Dichter Wladimir Korolenko gewählt.

Shorbut und Hungerlod.

DR. Kopenhagen, 28. Juli. Wie Politiken aus Riga erfährt, sind in vier Dörfern Russlands die Bewohner an Shorbut erkrankt. In einem Bezirk, der 39 000 Menschen zählt, sind bis zum 10. Juli 4200 Menschen an Unterernährung gestorben.

Hunger auch in Amerika?

DR. London, 28. Juli. Aus Washington wird gemeldet: Zur Beantwortung eines Erfuchens von Harding nach einer sofortigen Untersuchung über die beunruhigenden Nachrichten über eine große Hungersnot im Baumwollgebiet haben acht südl. Staaten offiziell erklärt, daß der Zustand nicht ernst sei.

Washington, 27. Juli. Amtliche Stellen erklären, von einer halben Hungersnot in den Südstaaten könne keine Rede sein. Die Belagras-Epidemie habe in Süd-Karolina und am Mississippi aufgenommen, in den andern Staaten dagegen aufgekommen oder sei auf denselben Stande geblieben.

Die Sozialversicherung in Frankreich und in Deutschland

P. L. Angesichts der jämmerlichen Flakereien, die die deutsche Gesetzgebung ständig an der Sozialgesetzgebung vornimmt, ist es angebracht, einmal zu prüfen, was im Ausland geschieht.

In Frankreich gab es eine Zwangsinvalidenversicherung für Seelenleute seit 1881, für Bergleute seit 1894, eine Zwangsunfallversicherung für Seelenleute seit 1898 und eine Zwangskrankenversicherung für Bergleute seit 1894; im Jahre 1910 wurde eine allgemeine Altersversicherung geschaffen. Nach dem Kriege wurde infolge der Einverleibung von Elsaß-Lothringen das staatliche Versicherungswesen in der französischen Republik sehr verweitert, da Elsaß-Lothringen die deutschen Versicherungseinrichtungen mitbrachte.

Das französische Arbeitsministerium hat, um hier Ordnung zu schaffen, einen in seiner Art großzügigen, wenn auch mangelfhaften Entwurf für eine einheitliche Sozialversicherung ausgearbeitet, mit dem sich die gesetzgebenden Körperschaften Frankreichs demnächst beschäftigen werden. Welche Aussichten dieser Entwurf dort hat, mag dahingestellt bleiben. Es soll hier nur gezeigt werden, wie sich in Frankreich Sozialpolitiker gefunden haben, die in Frankreich sind, für eine im Laufe der Entwicklung unübersichtlich gewordene, sowie unzulängliche und zerstreute Einrichtung eine neue Grundlage vorzuschlagen. Der neue französische Entwurf versichert alle Lohnarbeiter und Angestellten, sowie Kleinärzte beiderlei Geschlechts, deren Einkommen 10 000 Franc pro Jahr nicht übersteigt. Bauern und Kleingewerbetreibende im Alter von weniger als dreißig Jahren können sich dieser Versicherung freiwillig anschließen, unter der Voraussetzung, daß ihr Jahreseinkommen die erwähnte Summe nicht übersteigt.

Nach den Mitteilungen, die das deutsche "Reichsarbeitsblatt" in Nr. 18 macht, sind die Leistungen in dem französischen Gesetzentwurf „etabliert“.

Bei Krankheit wird freie ärztliche Hilfe und Apotheke, sowie Geldunterstützung für die Dauer von 26 Wochen gewährt. Die Höhe der Unterstützung richtet sich dabei nach der Beitragssklasse des Versicherten. Nach 26wöchiger Krankheit wird die tägliche Unterstützung in eine monatliche umgewandelt und bei vollständiger oder teilweiser Invalidität die endgültige Invalidenrente nach 5 Jahren festgesetzt. Die Ehefrau des Versicherten und ihre Kinder im Alter von weniger als 16 Jahren haben ohne Sonderbeitragsleistung Anspruch auf ärztliche Hilfe und Gewährung von Medikamenten.

Bei Todessfall wird der Familie des Versicherten ein Sterbegeld gewährt. Dessen Höhe ist nach Beitragssklassen bestimmt und beträgt in der ersten Klasse 150 Frs. und in der sechsten Klasse 1500 Frs. Dazu kommt für jedes Kind unter 16 Jahren ein Zuschlag von 100 Frs.

Die Invalidenrenten sind ebenfalls nach Beitragssklassen verschieden. Sie betragen bei vollständiger Invalidität in der ersten Klasse 500 Frs. und in der sechsten Klasse 3000 Frs. jährlich. Dazu kommt für jedes Kind unter 16 Jahren ein Zuschlag von 100 Frs.

Wöchnerinnen erhalten nach dem Entwurf sechs Wochen vor und sechs Wochen nach der Niederkunft Unterstützung in der Höhe von 1,5 bis 15 Frs. täglich; außerdem sind ärztliche Hilfe, sowie die notwendigen Medikamente kostenlos. Als Stillgeld ist eine monatliche Unterstützung in der Höhe von 15 bis 60 Frs. auf die Dauer von zwölf Monaten vorgesehen. Weiter werden sogenannte Familienbeihilfen gewährt. Bei der Geburt eines Kindes erhält die Familie eine einmalige Unterstützung von 200 Frs., von denen 100 Frs. bei der Geburt, 50 Frs. am Ende des zweiten Monats und 50 Frs. am Ende des zwölften Monats zur Auszahlung gelangen. Diese Unterstützung wird verdoppelt, wenn Vater und Mutter des Kindes versichert sind.

Für die Altersversicherung sieht der Entwurf die Gewährung einer Altersrente vom 60. Lebensjahr vor. Die Höhe der Rente ist nach Beitragssklassen verschieden. Sie beträgt jährlich 500 Frs. in der ersten und 3000 Frs. in der sechsten Klasse. Der Versicherte muß 30 Jahre Beitrag leistung nachweisen, um Anspruch auf Rente erheben zu können; er kann aber nach Erfüllung dieser Beitragseleistung bereits mit 55 Jahren seinen Rentenantrag stellen. In solchen Fällen vermindert sich die gesetzliche Mindestrente um im Gesetz näher festgelegte Beträge. Wird der Antrag auf Rentengewährung erst mit 65 Jahren gestellt, so erhöht sich die gesetzliche Mindestrente um die mehr geleisteten, durch Zinseszins erhöhten Beiträge.

Nach Nr. 18 des deutschen "Reichsarbeitsblattes" ist der organisatorische Aufbau der zu vereinheitlichenden französischen Sozialversicherung wie folgt gedacht: Frankreich wird in 26 bis 27 Versicherungsbezirke aufgeteilt, für die je eine selbständige Versicherungssklasse geschaffen wird, die innerhalb ihres Gebietes Zweigstellen in jedem Landkreise und in jeder Stadt mit über 10 000 Einwohnern hat. Für die Kranken- und Altersversicherung sind private Erhöhungsklassen zugelassen, für die Invalidenversicherung gelten nur die staatlichen Ver-

sicherungskosten. Die staatlichen sowie die privaten Kassen sind in eine Risikosicherungssoziale zusammengefasst. Zur Beaufsichtigung der Kosten wird für jeden Versicherungsbezirk ein Versicherungsamt gebildet. Die finanzielle Hilfe des französischen Staates zu der Versicherung besteht darin, daß der Staat nicht nur alle Verwaltungskosten übernimmt, sondern auch die Kosten der Familienhilfskasse trägt, sowie Beihilfen zur Krankenversicherung, Invalidenversicherung, Altersversicherung und Mutterkassenversicherung gewährt. Die dadurch erforderlichen Ausgaben werden nach den Berechnungen des französischen Arbeitsministers im ersten Jahre 376 Millionen Frs. betragen und in den ersten 11 Jahren bis zur Höhe von 578 Millionen steigen, um nach 15 Jahren auf 475 Millionen zu fallen. Die Abschaffungskosten, die sich aus der Überleitung des Altersversicherungsgesetzes vom Jahre 1910 in die neue Versicherung ergeben und die mit 123 Millionen Frs. veranschlagt werden, übernimmt ebenfalls der französische Staat.

Gegenüber diesem Plane einer verhältnismäßig großzügigen Umgestaltung der Sozialversicherung in Frankreich (die keineswegs als ideal bezeichnet werden soll!) nehmen sich die Bemühungen, die bisher in Deutschland ver sucht worden sind, geradezu lächerlich aus. Die Reichsversicherungsordnung vom Jahre 1911 hat keine Vereinfachung der deutschen Arbeiterversicherung gebracht. Sie war nichts anderes, als ein kleinstliches und pedantisches Nidderwerk, durch das die bis dahin bestehenden zahlreichen Gesetze über Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung rein äußerlich unter dem Titel „Reichsversicherungsordnung“ zusammengezogen wurden. Außerdem schuf man in Deutschland zu gleicher Zeit das Sonderversicherungsgesetz für Angestellte, durch das aus politischen Beweggründen ein Keil zwischen Angestellten und Arbeiter getrieben werden sollte. Vor einigen Wochen hat nun das deutsche Reichsarbeitsministerium mitgeteilt, daß wiederum Erwägungen, Erhebungen und Untersuchungen stattfinden, wie die deutsche Sozialversicherung vereinfacht werden könnte. Es hat aber gleichzeitig seine Unfähigkeit ausgesprochen, das wirklich zu tun, indem es von selbst verkündete, diese Untersuchungen würden vorläufig noch zu keinem positiven Vorschlage führen.

Der Bureaucratie in den deutschen Reichsämtern mangelt es so sehr an jedem sozialen Verständnis, daß sie unfähig ist, einen wirklich großen Entwurf für ein solches Gesetzgebungs werk hervorzubringen, womit das Unternehmertum natürlich vollständig zufrieden ist, denn es befürchtet, jede Umgestaltung könnte es etwas kosten.

Die disziplinierte Reichswehr.

Ein Zusammenstoß zwischen Reichswehrsoldaten und Polizei in Stettin.

Stettin, 28. Juli. Ein amtlicher Bericht der Polizei meldet: Nachdem bereits am Abend des 25. Juli durch Angehörige des Reichswehrpionierbataillons Nr. 2 die Ruhe und Ordnung in den Parkanlagen in erheblicher Weise gestört worden war, die sich der Feststellung ihrer Persönlichkeiten mit ihren Waffen widersetzten, kam es am Abend des 26. Juli zu neuen, abermals von Angehörigen des Reichswehrpionierbataillons Nr. 2 gemeinsam mit radaulustigen Zivilpersonen zu Angriffen auf die in den Parkanlagen ihren Dienst versuchenden Polizeimannschaften. Diese haben sich plötzlich einer großen angreifenden Menge gegenüber, darunter Angehörigen des Reichswehrpionierbataillons mit ihren Gewehren. Etwa fünfzehn scharfe Schüsse fielen. Mehrfach drangen Soldaten mit gezogenem Seitengewehr, an ihrer Spitze Jangagel, auf die Polizisten ein, die schließlich von der blanken Waffe Gebrauch machten.“

Berlin, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Über den Zusammenstoß zwischen Reichswehr und Schuhpolizei in Stettin wird noch gemeldet: Die Pioniersoldaten nahmen schon seit einigen Tagen ein überaus provokatives Verhalten der Polizeibeamten gegenüber ein, reagierten sie durch Schimpfworte und die Aufforderung an den Zan hagel, den Massakerungen der Beamten nicht Folge zu leisten. Bei einem Wortgefecht zwischen einem Pionier und Zivilpersonen kam es dann zu polizeilichem Einschreiten. Es liegen zuverlässige Angaben vor, daß der Zusammenstoß am 26. plötzlich in ein von den Offizieren vorbereitet worden war. Der Feind für das Verhalten der Reichswehrtruppen ist noch nicht bekannt. Man nimmt jedoch an, daß er in der bevorstehenden Auflösung der Militärgerichtshof zu finden ist, wodurch die Reichswehr der Zivilgewalt und damit der Polizei als Vollzugsorgan überwiesen würde.

Nach einer andern Meldung soll die Spannung zwischen Reichswehr und Polizei darauf zurückzuführen sein, weil die Kaiserneustadt zugunsten der Reichswehr gelöst worden war. Wiederholt ist es zu kleineren Zusammenstößen gekommen. Am Dienstag sollen vierzehn Verletzte ins Lazarett gefeuert worden sein!

Wird Herr Gehler etwas gegen die Offiziere der Reichswehr unternehmen, die aus der Reichswehr eine die öffentliche Sicherheit bedrohende Rute gemacht haben? Wahrscheinlich überlegt sich der Herr einmal, was von einer solchen Truppe im Falle eines Reichsputsches zu erwarten ist!

Aber Herr Gehler läßt General Seest einen guten Mann sein. Und Herr Gräfinna scheint ihn nicht im Schloß zu töten.

Die Unerlässlichen.

Neuer Sturm auf gegen die Getreideumlage.

Da die Getreidekrise in Deutschland den Agrariern nicht das bringt, was sie erhofft haben, versuchen sie auss neue, sich um die vom Reichstag gegen die Anträge der sozialdemokratischen Partei ganz bedeutend herabgesetzte Getreideumlage herumzutun. Der Reichslandbund z. B. hat an die preußische Regierung in Telegramm gerichtet:

Infolge anhaltender Trockenheit droht für Sommergetreide in vielen Gegenden Missernte. Daher Erfüllung der Getreideumlage ohne schwere Wirtschaftsschädigung vieler Orte nicht möglich. bitten daher, durch besondere Kommissionen im Wege der Lokalbeschickung Umlage jahrelang nachprüfen zu lassen und entsprechend den veränderten Verhältnissen herabzusetzen.“

Die Gesamtumlage von 2,5 Millionen Doppelzentner macht ungefähr ein Fünftel der Ernte aus. Dieses Fünftel sollen die Landwirte zu einem von der Regierung festgesetzten, aber gegenüber den bisherigen Preisen bedeutend erhöhten Satz abliefern. Die übrigen vier Fünftel sollen in den „freien Verkehr“ gehen. Wir haben gleich im Anschluß an die Reichstagsbeschlüsse darauf hingewiesen, daß sich die Agrarier auch bei größtem Entgegenkommen planmäßig jeder Einengung ihrer Profitsschränke entgegenstellen würden. Sie haben es bereits getan und tun es auch neue, indem sie die ungünstigen Erntebereiche für sich ausschließen.

Zimmer wieder ausgewärmler Schwindel!

München, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Unter dem Titel: „Der große Betrug“ drucken die Süddeutschen Monatshefte Aufsätze und Albenstücke zur Frage der Schuld am Kriegsausbruch ab. Ein Teil der Münchner bürgerlichen Presse gibt diese Veröffentlichungen auszugsweise wieder. Wie schon früher, wird die durch die sozialistische Presse längst widerlegte Behauptung wiederholt, der ermordete Genosse Kurt Eisner habe einen Gesandtschaftsbericht des Regierungsrats v. Schön vom 18. Juli 1914 veröffentlicht, jedoch inhaltlich gefälscht. Während man früher aber Kurt Eisner selbst als den Fälscher bezeichnete, wird jetzt unter Bezugnahme auf die Zeugenschaft von Eisners Witwe die Behauptung aufgestellt, der Fälscher sei der damalige Sekretär des Genossen Eisner, der Genosse Fechenbach gewesen. Fechenbach veröffentlicht nun in der Münchner Morgenpost eine Erklärung, in der er diese Behauptung als unwahr zurückweist. Er hält es auch für ausgeschlossen, daß Eisners Witwe eine derartige freilegende Verleumdung seiner Person in die Welt gesetzt habe. Wie sich der Vorgang in Wirklichkeit abgespielt habe, sei bereits vor rund zwei Jahren in unserem Münchner Parteiblatt, Der Kampf, wahrheitsgemäß dargelegt worden. Dort ist auch an Hand von Urkunden auseinandergesetzt worden, daß es sich bei der Veröffentlichung des Schönschen Berichts keineswegs um eine Fälschung, sondern lediglich um eine den Sinn nicht entstellende Äußerung gehandelt habe und daß Kurt Eisner ausdrücklich die Veröffentlichung als einen Auszug aus dem Bericht des Herrn von Schön bezeichnet habe, dem die Veröffentlichung aller Albenstücke folgen sollte, was dann durch die Reaktion hintertrieben worden sei. Erst den Süddeutschen Monatsheften, die die Verbreitung der geschichtlichen Wahrheit über den Krieg für die nächste Zeit geplant hätten, bliebe es vorbehalten, aus den echten Berichten des Herrn v. Schön eine Fälschung Kurts Eisners bzw. Fechenbachs zu machen.

Die bayerische Schulreaktion an der Arbeit.

München, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Im bayerischen Landtag kam es gestern abend zu längeren Auseinandersetzungen unter den Koalitionsparteien bei Beratung der neuen bayerischen Schulordnung. Kultusminister Matt sieht seine vornehme Aufgabe darin, alle bei der Revolution durchgeführten Fortschritte auf schulpolitischen Gebiet wieder rückgängig zu machen und mit den neuen Schulordnung wird der Versuch gemacht, die Schulverwaltung der Lehrer wieder zu beseitigen, die zollstabile Schulsteuer durch die autoritative zu ersetzen und der Kirche wieder Macht über die Schule zu geben. Es war deshalb schon im Ausschuss zu recht lebhaften Debatten zwischen den bayerischen Koalitionsbrüdern gekommen, und in der gestrigen Plenarsitzung stand der Kultusminister wieder nur mit der bayerischen Volkspartei gegen den gesamten übrigen Landtag. Er hielt sturzadig an seinem Standpunkt fest, daß die Schulordnung nur zum Teil der Genehmigung des Landtags bedürfe, im übrigen aber auf dem Verordnungswege durch das Gesamtministerium in Kraft gesetzt werden könne, während die Deutschnationalen, die Demokraten, Bauernbündler und die sozialistischen Parteien auf dem Standpunkt stehen, daß die gesamte Verordnung der Beschlussfassung des Landtags zu unterstehen habe. Es handelt sich dabei um die Auslegung des Artikels 48 der bayerischen Verfassung und man will nun, um den offenen Konflikt zu vermeiden, die Streitfrage dem Staatsgerichtshof zur Entscheidung vorlegen. In Wirklichkeit handelt es sich dabei nicht um eine verfassungsmäßige Frage, sondern um den politischen und kulturellen Gegensatz zwischen der Bayerischen Volkspartei und Regierung einerseits und dem ganzen übrigen Landtag andererseits, und diesem Konflikt will man durch seine Umwandlung in eine Verfassungsfrage aus dem Wege gehen.

Die Konferenz des Obersten Rates.

Berlin, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Konferenz des Obersten Rates über Oberschlesien steht fest, aber noch immer ist ihr Programm im einzelnen nicht bekannt. Die Pressemeldungen aus Paris und London lassen nicht einmal erkennen, ob die Alliierten entschlossen sind, die österreichische Angelegenheiten jetzt wirklich zu einer endgültigen Regelung zu bringen, oder ob sie auf die Fassung eines Provisoriums auszugehen. Auch weiß man noch nicht, ob die Konferenz sich auf die öberschlesische Frage beschränkt; wenigstens enthält der Pariser Temps eine Meldung, nach welcher außerdem die Frage der Sanktionen, der Leipziger Prozesse, des Orientproblems und sogar die Konferenz im Osten Verhandlungsgegenstand der Verhandlungen sein soll.

Bureaucratische Be „woelkerung“ im Freistaat Sachsen.



Zu „Woelkerung“ geballt, schwärmen sie gegen das Licht, Sie versetzen sich nur, doch verfinstern es nicht.

Die Frage der Truppenverstärkungen.

Die Frage, ob, wann und von welchen der alliierten Mächte Truppenverstärkungen nach Oberschlesien entsendet werden sollen, ist noch nicht gelläufig und es geht um sie zwischen den englischen und französischen Regierungen und Mächtern ein so heftiger Kampf, daß davon die wichtigste Frage, welche Wirkung das obernöthliche Problem auf sich finden soll, ganz in den Hintergrund tritt. Soviel aus den zahlreichen, einander widersprechenden Stimmen zu entnehmen ist, beharrt England auf seinem Standpunkt, daß Truppenverstärkungen nicht nötig sind und wird anscheinend in dieser Ansicht durch seine nach London berufenen Vertreter in Oberschlesien, insbesondere Sir Harold Stuart, bestärkt. So schreibt der Daily Telegraph:

London, 27. Juli. Der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph schreibt, der britische Standpunkt bezüglich der Abwendung weiterer Truppen habe eine erneute Bekämpfung durch die in Oberschlesien anwesenden englischen Mächte erhalten. Die vor einigen Wochen in Umlauf gebrachten Sensationsgeschichten über erste Zusammenstöße zwischen französischen Truppen und der deutschen Bevölkerung seien, wie sich zeige, in keinem Weise stichhaltig gewesen. Hebrig us habe Sir Harold Stuart jetzt dem Premierminister und Lord Curzon eine ausführliche Darstellung der Lage gegeben.

Anderseits scheint es, als ob die französischen Regierung in der Frage der Truppenverstärkungen etwas zurückzuweichen beginne. Sie läßt durchblicken, daß es infolge der Weigerung der deutschen Regierung, die französischen Truppen durch Deutschland durchziehen zu lassen, schon rein technisch unmöglich sei, daß die Truppen vor dem Zusammentreffen des Obersten Rates in Oberschlesien ankommen. Demnach will die französischen Regierung allem Anschein nach dem Obersten Rat die Entscheidung über die Truppenverstärkungen überlassen und stellt jetzt ihre Politik darauf an, solche Verstärkungen durchzusehen. Die Agence Havas verbreitet eine Mitteilung, in der es heißt: Man könnte auch der deutschen Reichsregierung mitteilen, daß Frankreich, falls Deutschland dem Spruch des Obersten Rates irdwelche Hindernisse bereitet und sich zu Angriffen gegen die Truppen in Oberschlesien hinreißen lassen sollte, sich vorbehält, am Rhein seine Antwort zu geben. Schließlich könnte man an die Spieß: der Tagesordnung noch die Frage der „Sicherheiten“ stellen. Sollten sich die Vertreter der Verbündeten dann doch noch zur Entscheidung von Verstärkungen entschließen, so könnten diese in drei bis vier Tagen an Ort und Stelle sein. Diese Zeitspanne würde genügen, um den Obersten Rat seine Entscheidung treffen zu lassen. Unter solchen Umständen sollte, wie die Agence Havas hervorhebt, wohl eine Besiedlung über den zuletzt erwähnten Punkt zu stande kommen.

Und Wolff meldet über den Standpunkt der französischen Regierung:

Paris, 27. Juli. Nach der Morgenrede hat Ministerpräsident Briand, der gestern nachmittag von seinem Landtag nach Paris zurückkehrte, erneut dem französischen Botschafter in London Weisungen erteilt, insbesondere bei der britischen Regierung auf die unbedingte Notwendigkeit hinzuweisen, die Sicherheit der französischen Truppen in Oberschlesien zu gewährleisten. Wie der Matin mitteilt, soll Graf St. Aulaire sich der Beweisgründe bedienen, die die leichten Berichte aus Oppeln enthalten. Diese Berichte würden heute vormittag der Botschafterkonferenz übermittelt und unmittelbar nachher veröffentlicht werden. Das wesentlichste sei, daß ernsthafte Verstärkungen in dem Augenblick zur Stelle wären, in dem die Entscheidung des Obersten Rates den Beteiligten bekanntgegeben werde. Wäre das nicht der Fall, dann könnten die französischen Vertreter ihre Aufgabe nicht erfüllen und sie würden gezwungen sein, den Befehl an die Truppen zu erteilen, sich in gewissen Gegendern der Intervention zu enthalten.

Sitzung der Botschafterkonferenz.

Paris, 28. Juli. (T.U.) Die Botschafterkonferenz hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, in der sie die letzten Mitteilungen der verbündeten Kommissare in Oberschlesien zur Kenntnis nahmen. — Die Konferenz einigte sich über die Note, durch welche die Mitteilung der deutschen Regierung über die Ernennung des neuen Reichskommissars im besetzten Rheinland beantwortet wird. Der Libéria zufolge machen die Verbündeten das Abkommen zur Ernennung von einigen Bedingungen abhängig.

Anfragen im englischen Unterhaus.

London, 26. Juli. Im Unterhause wurde von Regierungsseite mitgeteilt, die gegenwärtige Stärke der englischen Truppen in Oberschlesien betrage 4400 Mann. Die Franzosen hätten dort eine stärkere und die Italiener eine geringere Truppenstärke; die genauen Zahlen dieser beiden könnten nicht mitgeteilt werden. Lloyd George teilte mit, er hoffe, in der Lage zu sein, am Donnerstag eine Erklärung über die Lage in Oberschlesien abzugeben. Dies werde geschehen, sobald es ausgeschlossen sei, daß der erfolgreiche Verlauf der Verhandlungen durch eine Erklärung gestört werde. Lloyd George fügte hinzu, auf die Mitteilungen der Presse über die Bedingungen solle man keinen besonderen Wert legen; die Berichte, die man gelesen habe, seien inkorrekt gewesen. Eine Anfrage Bottomleys, ob der britische Botschafter in Berlin angewiesen sei, Schritte zu unternehmen, um ein Entfernen der Kriegsverbrecher zu verhindern, wurde von Harmsworth verneint mit dem Bedenken, die Regierung sei nicht der Meinung, daß dies erforderlich sei.

London, 27. Juli. Im Unterhause wurden auf eine Reihe von Anfragen von den Regierungsvertretern folgende Antworten erteilt: Etwa 85 Prozent der ausgelieferten deutschen Tonnen sind England zugewiesen worden, 1350000 Tonnen wurden britischen und alliierten Firmen, etwa 75000 Tonnen chemischen Industriefirmen überwiesen. Lloyd George sagte, er hoffe bald in der Lage zu sein, eine Erklärung über die irische Frage abzugeben. Dies werde geschehen, sobald es ausgeschlossen sei, daß der erfolgreiche Verlauf der Verhandlungen durch eine Erklärung gestört werde. Lloyd George fügte hinzu, auf die Mitteilungen der Presse über die Bedingungen solle man keinen besonderen Wert legen; die Berichte, die man gelesen habe, seien inkorrekt gewesen. Eine Anfrage Bottomleys, ob der britische Botschafter in Berlin angewiesen sei, Schritte zu unternehmen, um ein Entfernen der Kriegsverbrecher zu verhindern, wurde von Harmsworth verneint mit dem Bedenken, die Regierung sei nicht der Meinung, daß dies erforderlich sei.

London, 27. Juli. (T.U.) Neuer. Im Unterhause erklärte Chamberlain, er hoffe, daß das Parlament am 26. August vertagt werden könne. Seine Wiedereinführung würde gegen Ende November oder Anfang Dezember notwendig sein, um die irische Frage zu behandeln.

Rathenau über die Wiederausbauverhandlungen.

Berlin, 27. Juli. In der heutigen Sitzung des Reparationsausschusses des Weltpolitischen Reichswirtschaftsrats machte der Reichsminister für Wiederausbau, Dr. Rathenau, vertrauliche Mitteilungen über den Gang und Stand der Wiederausbauverhandlungen, sowie über die Verordnung, betreffend Leistungsbewertung und den in Aussicht genommenen Zusammenschluß der Leistungsgewerbe zu selbstverwaltenden Wirtschaftskörpern. Den Kern der Wiederausbauverhandlungen bildeten die Finanzierung und Bewertung der Reparationsleistungen. Die Verhandlungen nehmen einen ungestörten Fortgang.

Im Anschluß an die Ausführungen Dr. Rathenau sprach Staatssekretär Hirsch über die Gestaltung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen.

Die Vorgänge auf dem französischen Gewerkschaftskongress.

Das Wolff-Bureau verbreitet von den bedauerlichen Zwischenfällen, die sich in der Eröffnungssitzung des französischen Gewerkschaftskongresses ereigneten, folgende von unsrer gesetzigen Meldung etwas abweichende Darstellung:

Paris, 26. Juli. In der gestrigen Sitzung des Gewerkschaftskongresses in Ville wurde seltens bei ektremistischen Delegierten eine Tagesordnung eingehandelt, die sich auf die Mandatprüfung bezieht und jeden Ausschluss von Delegierten von vornherein unmöglich machen würde. Von Seiten des Allgemeinen Arbeiterverbands (C.G.T.) wurde eingewandt, daß erst die Mandatskommission entscheiden müßte, deren Arbeiten noch nicht beendet seien. Der kommunistische Gewerkschaftsführer Monnoussou wollte zur Abberücksichtnahme eilen, wurde aber, da er nicht das Wort hatte, zurückgehalten. In diesem Augenblick kam es zu Täuschungen und kurz darauf wurden drei Revolverschläge abgegeben. Die Schüsse waren gegen das Mitglied des Verwaltungsrates des Allgemeinen Arbeiterverbands Dumont gerichtet. Es entstand großer tumult. Der Saal leerte sich und erst nach geraumer Zeit konnte die Sitzung wieder aufgenommen werden. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die den Streit schlichten sollte. Indessen war dies nicht möglich, so daß der Gewerkschaftskongress auf heute v. 10.00 Uhr wieder mußte.

In der französischen Parteipresse lesen wir folgende Meldung: Ville, 25. Juli. Im Verlaufe der Zusammenstöße, die heute nachmittag stattgefunden haben, sind die beiden Anarchisten Broutchou und Luridan verwundet worden, der erste durch einen Revolverschuß in den Hals, der andere durch einen Schlag auf die Nase. Gewerkschaftssekretär Lievens ist am Arm verwundet worden. Sie mußten den Sitzungssaal verlassen. Auch andere Verwundete mußten den Kongress verlassen.

Die Dienstagssitzung.

Paris, 27. Juli. Der Gewerkschaftskongress hat gestern nachmittag die Diskussion über den Tätigkeitsbericht der C.G.T. begonnen. Die beiden ersten Redner, ein Delegierter der Handelsangestellten von Bordeaux und ein Vertreter der Dokarbeiter in Brest, sprachen für die alte Mehrheit. Namenlich der erste Redner wandte sich scharf gegen die Moskauer Internationale und sagte, er ziehe es vor, immer mehr Wohlstand zu erobern, als eine Revolution mitzumachen, die nur das Elend vermehre.

Das Programm der französischen Gewerkschaftszerstörer

Berlin, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung der P. A.) Die kommunistische Minderheit des französischen Gewerkschaftskongresses zu Ville hat sich nach einer Röte der Roten Fahne schon vor Beginn des Kongresses auf folgende Punkte geeinigt: 1. Austritt des Austritts der französischen Gewerkschaften aus der Moskauer Internationale und dem Internationalen Arbeitsbureau. 2. Zustimmung zu dem im Prinzip schon gegebenen Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale in Moskau unter der Voraussetzung, daß die Moskauer Kongressbeschlüsse dahin ausgesetzt werden, daß dadurch die Autonomie der französischen Gewerkschaften respektiert wird. 3. Kampf bis zum äußersten gegen die beobachteten Delegiertenauschüsse.

Vom Parteitag der polnischen sozialistischen Partei.

OE. Warschau, 26. Juli. Die Sitzungen des Parteitages der polnischen sozialistischen Partei dauern unter Einwirkung des Lodzer Kreises in sehr erregter Stimmung fort. Sowohl der Eintritt der Partei aus der 2. Internationale als die Abschaffung der radikalen Elemente erscheinen unzweifelhaft. (?) Die radikale Linke war bisher in der PPS noch immer stark vertreten, obwohl schon seit März 1920 zahlreiche Austritte radikaler und kommunistischer Elemente aus der Partei stattgefunden haben.

Die Lodzer Kreisgruppen haben trotz des Verbots aller Strafenzüge und Versammlungen eine Strahrendemonstration veranstaltet, die einen blutigen Verlauf nahm. Um das Eingreifen der Polizei zu verhindern, wurde sie nach amerikanischem Muster veranstaltet, indem die Demonstranten auf den Bürgersteigen der Hauptstraßen in dichten Massen einhergingen und die Passanten verdrängten. Nachdem die Polizei schließlich zur "Säuberung" der Straßen geschritten war, kam es zu blutigen Zusammenstößen, wobei etwa 20 Demonstranten und ein Polizeibeamter verwundet wurden.

Warschau, 27. Juli. (OE.) Die Ausinandersetzung konzentrierte sich auf die Frage der weiteren Taktik der PPS. Den Standpunkt der Mehrheit des Parteiausschusses vertrat der Hauptreferent Perl, indem er das bisherige Verhalten der PPS-Führer verteidigte und sich zu einem evolutionären Sozialismus befand. Die Ansicht der radikalen Linken verachtet der Oppositionsreferent Zaremba. Die Resolution Perl wurde mit 150 gegen 115 Stimmen angenommen.

Der Parteitag beschloß, gemäß Antrag des Parteiausschusses aus der 2. Internationale auszutreten und zunächst sich keiner anderen Internationale anzuschließen, sondern diese Frage dem Parteiausschuß zu überlassen, unter Vorbehalt der Zustimmung des nächsten Parteitages. Ein Antrag Perl, in der 2. Internationale zu verbleiben, gewann nur eine geringe Minderheit von Stimmen; desgleichen ein Antrag zum Anschluß an die Sozialistische Arbeitsgemeinschaft. Der neue Parteivorstand wurde nach der Kompromißliste gewählt, wobei Daczynski Vorsitzender geblieben ist.

Das grundähnliche Ergebnis des Lodzer PPS-Kongresses ist, daß die Versuche einer Wiedervereinigung mit den ausgelöschenen oder ausgeschiedenen Elementen mit kommunistischen Neigungen gescheitert sind. Die Posener, kongreßpolnischen und galizischen Kommunisten bleiben von der PPS getrennt und nehmen den schärfsten Kampf auf. Ferner wurde die Gruppenbildung innerhalb der PPS-Partei selber bestimmt herausgearbeitet, wobei die Kooperativ-Angehörigen unter Führung Zarembas als eine starke Strömung von der Färbung etwa der deutschen Unabhängigen hervortrat. Die tatsächliche Leitung der Gesamt-Partei ist in den Händen der Daczynski-Gruppe mit ihrem nationalsozialistischen Einschlag geblieben; diese versucht weiterhin zwischen Links und rechts zu sivieren. Der Verlauf der mit dem Kongress gleichzeitigen Streitbewegung zeigt in der Arbeiterschaft den Einfluß von Führern, die außerhalb der leitenden Parteigruppen stehen.

Lodz, 28. Juli. (TU) Auf dem Kongress der Polnischen Sozialdemokratischen Partei (PPS) in Lodz wurde die Tagesordnung auf Beibehaltung der bisherigen Parteitaktik mit knappem Mehrheit angenommen.

Die Ernteaussichten in Sowjetrußland.

Kiew, 27. Juli. (OE.) Das sowjetische Wirtschaftsministerium meldet, daß die im Juli reichlich niede-

gegangenen Regen, besonders im Südwesten, Westen, Norden und Nordosten, der Ernte mehr geschadet als geheilt hätten, da infolge der großen Feuchtigkeit das reife Getreide noch im Halm zu feiern beginnt und auswächst; zum Teil hat sich das Getreide infolge von Wollmilchblüten gelagert, auch wird das Einbringen des schon geschnittenen Korns durch Regen sehr verzögert; alles führt zu einer weiteren Verringerung der Quantität wie der Qualität der Ernte. In den unteren Wolgabebieten schneidet man das Getreide, das aber fast gar keine Körner enthält. — Auch die Heuernte ist durch die Regenfälle sehr beeinträchtigt. In vielen Gegenden wird angesichts des Futtermangels Laubheu in großen Mengen gesammelt. — Tierische Schädlinge in großer Zahl haben die Obstgärten befallen. Die Zuckerrübenfelder der Ukraine sind bis zu 50 Prozent von den Schädlingen vernichtet, die Erwartungen hinsichtlich der Zuckerrübenreuter müßten daher weiter herabgesetzt werden; man rechnet für ganz Russland mit einer Produktion von höchstens 7 Millionen Rub. (1 Rub. = 16,28 Kilogramm), während beispielweise im Jahre 1911 — 117 Millionen Rub. produziert wurden.

Das Moskauer Hilfshomitee zum Kampf mit dem Hunger.

OE. Terioski, 26. Juli. (Drahtbericht.) In Petersburg hat es Aufruhr erregt, daß außer den früher genannten Persönlichkeiten aus dem ehemaligen öffentlichen Leben Russlands und aus der „provisorischen Regierung“ auch solche Männer in das Hilfshomitee für die Hungersnot eintreten könnten, wie der ehemalige Vorsitzende der Reichsduma, Golowin, der frühere zaristische Minister Kuiter und der gegenwärtig eine Stütze verbliebene Vertreter des feindlichen Zentral-Genossenschaftsverbandes Karow. Die Eingabe, die der frühere Kerenski-Minister Protopopow an den Rat der Volkskommissare gerichtet hat, wird in Petersburg lebhaft erörtert. Auf der konstituierenden Sitzung des Hilfshomitees betonte Kamenev das unpolitische Gepräge des Komitees und erklärte, daß alle Räts und zur Linderung der Hungersnot bestimmten Lebensmittel zur unumschränkten Verfügung des Komitees gestellt werden müssen. Das Präsidium des Allrussischen Zentralrevolutionären Komitees hat den Bestand des Hilfshomitees bestätigt. An der Spitze des Komitees steht der Vorsitzende des Allrussischen ZKL, Kolinin, dessen Stellvertreter Smidowitsch ist; zu den Komiteemitgliedern zählen Rykov und Kamenev.

Der Kriegszustand in Sowjetrußland.

OE. Terioski, 26. Juli. (Drahtbericht.) Der Moskauer Iswestja zufolge ist eine neue „Zone des Frontgebietes“ festgelegt worden, deren Grenze von der Murman-Eisenbahn über Petersburg, Pleskau, Polozk, Minsk, Kiew, Tjekaterinoslaw, Mariupol, Taganrog, Rostow am Don, Torgowaja im Kubanengebiet, Tifliss und das Gebiet von Tifliss verläuft. Diese Gebiete dürfen nur mit Genehmigung der örtlichen „Tschets“ (Außerordentlichen Kommission) betreten werden; es herrscht in ihnen ein verschärfter Belagerungszustand und die unbedingte Willkürkeit der „Tschets“.

Keine Kriegsrüttungen Moskaus.

Warschau, 27. Juli. (OE.) Die halbmärschliche Polnische Telegraphenagentur meldet auf Grund eigener Informationen aus Moskau, daß die Gerüchte über eine Mobilisation in Sowjetrußland und russische Kriegsrüttungen gegen Polen und Rumänien jeder Grundlage entbehren.

Orientalische Phantasien.

Die orientalische Kriegsberichterstattung scheint hinter der Berichterstattung, wie sie im Weltkrieg von allen kriegsführenden Staaten siebenvoll gepflegt wurde, an Phantasie nicht zurückzustecken. Das könnten wir gleich zu Beginn des neuen Krieges zwischen Griechenland und Anatolien konstatieren, als sich die Griechen und Dementis nur so jagten. Nun erleben wir dasselbe erbauliche Schauspiel: die Griechen lassen ihren Sieg so überwältigend erscheinen, daß ein Rückzug ausgeschlossen erscheint, die Türken melden aber beharrlich trotz der energischsten griechischen Dementis Sieg auf Sieg ihrer Gegenoffensive. Militärische Kriegslügen haben bekanntlich die längsten Beine, da sich der wahre Stand der Dinge auf die Dauer nicht verleugnen läßt. Es gilt also abzuwarten: vorläufig wollen wir die widersprechenden Meldungen nur einander gegenüberstellen:

Athen, 27. Juli. Nach hier eingetroffenen Meldungen ist der Widerstand des Feindes vollkommen gebrochen. Seine Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen werden auf 60 000 geschätzt. Die griechische Vorhut soll auf der Straße nach Ingria bis Gordium (150 Kilometer westlich von Angora, D. Ned.) gekommen sein. Auf seinem Rückzuge stieckte der Feind seine Materiallager, die er infolge der eiligen Flucht nicht mitnehmen kann, in Brand.

Angora, 27. Juli. Amelicher Kriegsbericht. Grusza-Abschnitt: Unsre Truppen von Bilezik haben die rückwärtigen Verbindungen der feindlichen Arme angegriffen. Esk-i-Abschnitt: Die erbitterte Schlacht auf dieser Front endete zugunsten der Türken; die Griechen wurden mit ernsten Verlusten zu Rückzügen gezwungen. Die griechische Offensive ist auf dieser Front vollständig aufgehalten worden. Seld-Ghaz-i-Abschnitt: Eine erbitterte Schlacht auf dieser Front entwickelte sich zugunsten der Türken. Usschak-Abschnitt: Eine fliegende Kolonne von 1500 türkischen Reitern kam bis Kara-Hisar und bemächtigte sich einer großen Menge Munition. Sie kam mit 400 griechischen Gefangenen zurück.

Konstantinopel, 27. Juli. (Agence Havas.) Die letzten Nachrichten von der Front bestätigen, daß die Griechen im Abschnitt Seld-Ghaz einen Fehlschlag erlitten haben. Die Griechen sollen mit dem Rückzug begonnen haben.

Konstantinopel bittet um allierte Intervention.

Konstantinopel, 27. Juli. (DA) Das türkische Kabinett hat sich gestern in einer außerordentlichen Sitzung mit der Lage auf dem asiatischen Kriegsschauplatz beschäftigt. Es wurde einstimmig beschlossen, die alliierten Regelungen um eine Intervention in dem griechisch-türkischen Konflikt zu eruchen.

Ratifizierung des Vertrags von Trianon.

Wien, 27. Juli. In Paris wurden die Ratifizierungsurkunden des Friedensvertrages von Trianon zwischen den Verbündeten und Ungarn ausgetauscht. Der Vertrag tritt sofort in Kraft. Eine Folge des Inkrafttretens des Vertrages ist die Übergabe Wallachiens an Österreich und des Kohlengebietes von Fürstentum und Jugoslawien an Ungarn. Der Prozeß der Übergabe Wallachiens an Österreich wird einige Wochen zur Durchführung brauchen. Die Bosnienkonferenz setzt den 27. August als Endtermin der Übergabe fest. Das Ossium-Detachement der Entente, das mit der Übergabe betraut ist, wurde verstärkt.

Karl's Rückkehr ist Kriegsfall.

Berlin, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung der P. A.) Wie die Belgrader Tribuna meldet, ist zwischen der rumänischen und den jugoslawischen Regierung ein Einvernehmen erzielt worden, wonach beide Staaten im Falle eines neuerlichen Kriegs mit Karl, nach Ungarn zurückzukehren, sofort den Kriegszustand mit Jugoslawien erklären würden. Es liegt auch eine Erklärung des tschechoslowakischen Gesandten in Budapest vor, daß auch die tschechoslowakische Regierung diesen Schritte zustimmen würde. In diesem Sinne sind von der genannten Regierung Schritte in Budapest unternommen worden.

Der Frankfurter Kommunistenprozeß.

TU. Frankfurt a. M., 27. Juli. (Frankl. Ztg.) In der Fortsetzung der Vernehmung der Angeklagten im Kommunistenprozeß wollen die meisten Angeklagten mit der IAD nichts zu tun haben. Unter dem Material, das in den in Charlottenburg beschlagnahmten Räumen vorgefunden wurde, befand sich auch eine der Zeitung der Kampforganisation aufgestellte detaillierte Ausstellung, die sich mit den Einnahmen des von dem Kommunisten Bendler geleiteten Büros beschäftigte. Nun erklärt, daß er die Überzeugung habe, daß die rein militärischen Schriftstücke fallschädlich seien, die von seinen Genossen sei nicht ein einziger, der einen beratigen Plan aufstellen könnte.

Am Ende bestreitet, non die im Material vorher Kenntnis erhalten zu haben. Er schreibt die Schuld auf den sogenannten Adjutanten Feind, der vermutlich Spieldienste geleistet habe. Verteidiger: Es ist in einem andern Prozeß festgestellt worden, daß in Berlin eine wohlorganisierte Leitung bestand, die den Putsch in Mitteldeutschland organisierte. — Er erwidert: Das sei mit uns nichts zu tun. Die Berliner Zeitschrift, der ich angehöre, lebt sich von der Reichszeitung nicht hineinreden. Das literarische Material röhrt größtenteils von Feind her. Der Verteidiger hält Ambrach dann vor, daß er das Vorhandensein von Hinweisen in Abrede stellt, der er nichts weiß, daß ein gewisser Behnold wiederholt in einem Flugzeug als Unterhändler nach Moskau gefahren ist. Ambrach will davon nichts wissen. Der Angeklagte Dauphin bestreitet, daß in Frankfurt eine illegale Kampforganisation bestanden habe.

Frankfurt a. M., 28. Juli. (Ztg.) Es wird zur Beweisaufnahme geholt durch Vernehmung des Sachverständigen Sanitätsrats Dr. Helmuth. Dieser hält Lehmann für einen Psychoopathen und als beiderseitig gerechtfertigt. Lehmann ruft: „Die Urteile steht ja schon auf dem Papier. Sagen Sie mich nur ruhig ins Auge!“ Den Angeklagten Färsech hält der Sachverständige für geistig minderwertig.

Nochmals der geplante TU-Schwindel vom Linkspulsch.

Berlin, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung der P. A.) Der Breslauer Korrespondent des Berliner Tageblattes meldet: Wie ich von zuständiger Stelle erfahre, geben die Auslagen des verhafteten Kommunisten keinen Anlaß zu irgendwelcher Verunsicherung. Die sensationelle Meldung der Telegraphen-Union über einen angeblich bevorstehenden Putsch, der mit französischen Geldern unterstützt werden soll, beruht nur auf dem Material, das die Telegraphen-Union von einem Unbekannten für 100 Mark gekauft hat.

Die ehrenwerte T. U. hat nun wirklich allen Anlaß, der Dummheit mitzutun, wie sie dazu kommt, ihr den allzu dummen Schwindel aufzubinden und wie sie sich nicht endlich zum offenen Eingeständnis des Schwindels bequemen will;

Soviel ist sicher — die Herren Redakteure der T. U. hätten die plumpen Spieldienste ohne weiteres in den Papierkorb geworfen, wenn sie ihre bessere Einsicht nicht vor ihrer sauren Pflicht, ihren schwerindustriellen reaktionären Brüdern die gewünschte Stimmungsmache gegen die Arbeiterschaft zu bieten, zurückstellen mühten.

Stocken der irischen Verhandlungen.

London, 27. Juli. Nach einer Dubliner Meldung ist nicht zu erwarten, daß die Antwort de Valeras an Lloyd George noch in dieser Woche erfolgen werde. Zur Begeißlung wird erklärt, daß Valera müßte mit seinen Kollegen beraten, und dies sei unmöglich, solange noch 30 Mitglieder des Sinnfeiner-Parlaments eingesperrt seien.

London, 28. Juli. (Neuter.) Im Oberhause teilte der Regierungsvorsteher mit, daß die Regierung eine Volksabstimmung vornehmen lassen werde, falls das Kabinett über die Regelung der irischen Frage vom Reichstag keine Unterstüzung erhielte.

Teilnahme Japans an der Ossionskonferenz.

London, 27. Juli. Aus New York wird gemeldet: Ein Telegramm der Associated Press aus Tokio besagt, daß japanische Rabbinen habe beschlossen, an der Washingtoner Konferenz über Probleme des fernen Ostens teilzunehmen.

Die baltische Ministerkonferenz.

OE. Helsingfors, 26. Juli. (Drahtbericht) Der finnändische Ministerpräsident Venola erklärte dem Helsingforscher Vertragsstatter des Svenska Tidningen, daß die Helsingforscher Ministerkonferenz hauptsächlich Fragen der gemeinsamen Wirtschafts- und Verkehrspolitik behandeln werde. Außerdem würde über die Haftung der baltischen Staaten im Falle einer aggressiven Politik Sowjetrußlands beraten werden. Die Frage eines Defensivbündnisses der baltischen Staaten sei jedoch nicht auf die vorläufige Tagesordnung der Konferenz gesetzt worden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Ernst Grenzel in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseraten Teil:

Friedrich Biller, Borsdorff-Verlagsbuchdruckerei AG, Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Reiner Teint sorgt weiße Haut und Jugendfrische

Unhänger der seit über 25 Jahren glänzend bewährten Myrrholin-Seife

Gletschenschwung
„Solidento“
die

Kombella-Zahnpastia

Zube 2.— und 3.60 in allen einschlägigen Geschäften, doch lassen Sie sich nichts anderes auftreten, es ist zu Ihrem Schaden

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.



Voranzeige!

Montag, den 1. August

beginnt unser diesjähriger

Saison-Ausverkauf!



Die damit verbundenen
gewaltigen Preis-Reduzierungen
sind der deutlichste Beweis für
unsere ernste Auffassung eines
wirklichen Preis-Abbaues.



Sonnabend, 30. Juli 1921

bleiben unsere Verkaufsräume
wegen Vorbereitung zu unserem
Saison-Ausverkauf

geschlossen.



Man verlange Zusendung unserer
Ausverkaufs-Preisliste und
beachte das Sonnabend-Inserat.

Bamberger & Herz
Leipzig — Augustusplatz

Töpfer. Sonnabend, den 30. Juli,
nachm. 5½ Uhr, im Volkshaus
Versammlung. Tagesordnung:
1. Bericht d. Lohnkommision.
2. Abrechnung v. 2. Quartal.
3. Verschiedenes.
Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen
aller Kollegen.
Der Vorstand.

Geschäfts-Eröffnung. Einer geübten Einwohnerlichkeit zur Kenntnisnahme,
dah. ich die Füllscheherei des Herrn **Germann** in
der Leipziger Straße lästlich übernommen habe und
sie heute eröffne.
Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, alle mich Be-
ehrenden jederzeit zufrieden zu stellen. Ich bitte, das
meinem Vorgänger geliehenen Vertrauen auch auf mich
übertragen zu wollen.
Borsdorf, Leipziger Straße, 28. Juli 1921.
Richard Ritter, Fleischhermeister.

Billige Lebensmittel!
Schweinefleisch, 100 g, 13.00
Schweinefleisch, leicht ausgebraten, 13.50
Fleischmargarine, 100 g, 8.50
Fleisch, ger., f. fettg., 100 g, 11.00
Salzspeck, weiß, 100 g, 10.00
Schwarzwurst, ger., 100 g, 13.00
Kinderlachs, 100 g, 8.50
Kohlsuppe in Zwiebeln, 10.50
Abendroth's Fettzentrale L. - Volkmarßdorf Kabet 52.

Prima Ochsenfleisch
gepölt, vorzügliche Qualität, à 100 g, 6 Mf.
Markthalle, Galerie, Stand 65 u. 72.

Zigarren
natur, rein, Stück nur 50 p
Rominoer
Schwipstabat 50gr nur 1.20.-
Kantabat
amerikan. Riegel, nur 2.50.-
Land-Tabat
österreich. Riegel, nur 1.25.-
Rauch-Tabat
R. Riegel, 100 gr nur 4.-
Roth-Händle
Zigaretten, 10 Stück 2.50.-
Schmalzler

Regensburger, nur 50 p
in den Zigarettenhäusern:
Leipzig-Stadt: Elsterstraße 3
Gerberstr. 40
L.-Ost: Tänbchenweg 43
L.-West: Lüttner Straße 49
weit Versandstellen vergriffen
GÖTSCH, Telefon 11343,

Preissabbau

Elegante
Homospun-Popla-
Anzüge
Beste Stoffe, feinste Verarbeitung
Preis nur 400 Mk.

Käthe Thieme
Sporerstäuben 10, I. Et.
Kein Laden, daher kostet billig.

Gerste
eingetroffen.
Hühner-Krautfutter 1.50

Mais 1.80

Reis 1.40
Kalkbeine befeiert
"Calcol". Gl. 3.-

Feist, Straßenbahn 1 u. 8
Achtung!

Grill, Schweinefleisch, 15, 16, 17
Grill, leit. Hammelfleisch, 13, 14
Bestes Gerster-Ochsenfleisch, 8,-
gehobenes Rindfleisch, 35,-
wie alle anderen Fleisch-
waren in beliebter Güte.
Johannes Landrock,
L.-Schönfeld, Lazarusstr. 17.

Oswald Rudolph
Gravier-Anstalt
Kautschuk- u. Metall-
Stempel
Tür- u. Firmenschilder
Patschaffen und
Schilderdruck
Leipzig, Leipzigerstr. 3, 16037

Wanzen
diale, Blatt, Blatt, Nieder-
Rohrläuse, Ratten, Mäuse
die ganze Brut befiebt
radikal m. lös. wirkendes
Ungeziefermittel
Feist, Straßenbahn 1 u. 8

Haut-, Geschlechts-
u. Hornfield, vors. neu. Schwäche
behandl. Dr. med. Dörl, nicht
approbiert. Wirkl. naturn. (Gesellsh. Leipzig, Kurhausstr. 5)
Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr.

**Von der Reise
zurück!**

Direktor A. Albrecht
früher Albrecht's Natur-
heilanstalt Halle, jetzt
Leipzig, Nürnberger Str. 4
Telephon 5593.

Sprechzeit täglich 10-11
vorm., Montag u. Donner-
tag nachm. 4-5 Uhr.

Günstiges Angebot

für die
Einmachezeit

Einkoch-Apparate schwer verzinkt mit Einsatz, mit Klammern und Thermometer komplett nur 40.00
Einkoch-Gläser weisse Ware mit vollem Rand, Deckel und la rotem Gummiring 1 2 Ltr.

2.45 2.90 3.25 3.60 3.95

Honig-Gläser 1 Pund mit Schraubdeckel 1.35
Einlege-Töpfe Ton, Inhalt 3½-50 Ltr. 45.00 16.25 10.35 7.50 3.45
Ton-Kochtöpfe bes. zum Obstinkochen sehr zu empfehlen Inhalt 2-10 Ltr. 11.50 7.50 4.95 2.85
Einkoch-Thermometer . . . mit Hülse 5.50 ohne Hülse 3.75

Beachten Sie unsere Schaufenster mit preiswerten Haushaltwaren.

Billige Lebensmittel

Pflaumen-Marmelade mit Zucker gesüßt . . . Pfund 2.25
1a Einf.-Marmelade . Pfd. 5.50 | Apfelmus . . . 2-Pfd.-Dose 3.60
Milch . . . 2-Pfd.-Dose 8.40 | Tomatenpüree . 1-Pfd.-Dose 2.25
Dänische Sahne . Flasche 4.50 | Schnittbohnen . 2-Pfd.-Dose 4.40

Leberwurst 1-Pfund-Dose 3.00
Würstchen nach Wiener Art Inhalt 24 Stück Dose 5.85

Himbeersaft m. 60% Zuck., Pfd. 8.00 | Zitronen . . . Stück 30 u. 40,-
Hübschokolade . 100-gr-Tafel 3.85 | Neue eingel. Gurken Stek. 90, 90 70,-

Waldmeister-Bowie Fl. 4.50 | Erdbeer-Bowie Fl. 5.50

Heidelbeer-Wein . . . ¼ Flasche 7.50
Brombeer-Wein . . . ¼ Flasche 9.50
Johannisbeer-Wein . . . ¼ Flasche 9.75

Laubenheimer . . . ¼ Fl. 12.50 | Rotwein Montage . . . ¼ Fl. 14.00
Hiersteiner . . . ¼ Fl. 13.50 | Dürkh. Rotwein . . . ¼ Fl. 15.00
Oberh. Riesling . . . ¼ Fl. 15.00 | Span. Süßwein . . . ¼ Fl. 16.00
zuzüglich 20% Weinsteuer und 1 Mk. Flascheneinsatz

Billige Seifen

Prima Kernseife	500-gr-Block 4.00
Sparkernseife	250-gr-Stück 2.25
Harz-Kernseife	200-gr-Stück 1.90
Feinste Elfenbeinseife	Stück 1.90
Badeseife	110 gr 2.75
Blumenseife	115 gr 2.95
Toiletteseife	25 gr 0.45

GEBRÜDER
Goske

Windmühlenstrasse 4-12.

AUENSEE LUNA-PARK ...WAHREN...

Morgen Freitag (bei günstiger Witterung):

Großes Brilliant-Feuerwerk über dem See

Ab 6 Uhr: ELITE - KONZERT des Neumann-Stiller-Orchesters

Im Tanzpalast ab 6 Uhr: Der große Elite-Betrieb!

Allabendlich: FREILICHT-KINO auf dem See.

Am Sonntag, den 31. Juli, nachm. 1½ Uhr, im SPORTBAD:

Großes Wettschwimmen

veranstaltet vom Leipziger Schwimmklub „Neptun“ von 1903.

Erstklassige schwimmsportliche Darbietungen.

Vorrundenspiel um die Deutsche Wasserball-Meisterschaft.

Abends: Abbrennen eines Riesenfeuerwerks
über dem See.

Schuhwaren-Total-Ausverkauf
Günstige Gelegenheit
Nur kurze Zeit
Trotz bill. Preise noch 5% Extra Rabatt
Schuhhaus E. Lohr, Johannispl.

**Wegen Hausabbruch
Räumungs-Ausverkauf**
Alle Preise bedeutend herabgesetzt. — Alle Stroh-
hütte Preisnachlass 20 Prozent. —
Filzhüte von 33.- Trikotelnsatzhemd
Mützen von 14.- mit weißem Zephir, einfarbig von 37.-
Oberhemden von 48.- Hosenträger und Krawatten von 5.-
von 50.- Herrensocken, farbig v. 5.90
Alle Waren sind offen ausgesetzt.
Riemenauswahl in modernen Selbstbindern,
Sämtliche Herren-Wäsche, Spazierstücke, Regenschirme usw.
R. Winkler, Hallische Straße 3
zwischen Hauptbahnhof u. Brücke

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 28. Juli.

Parteiangelegenheiten.

Grauendiskussionsabend L.-Ost. Freitag, den 29. Juli, abends 1/2 Uhr, bei Band, Bernhardstraße 26: Vortrag der Genossin Thiel.

Ortsverein Stünz. Genossinnen und Genossen stellen sich am Sonnabend, dem 30. Juli, abends 1/2 Uhr, vor dem Landhaus zur Nachtpartie nach Baalsdorf. Sonntag, den 31. Juli, früh 1/2 Uhr, Spaziergang der Stünzer Kindergruppe nach der Laube. Dorfspielen.

Ortsverein Mosau. Alle Kinder, die sich zwecks Besuch des Zoologischen in die Listen eingezeichnet haben, treffen sich Sonnabend, den 30. Juli, früh 1/2 Uhr, an der Hermannstr. 12 abmarsch pünktlich 8 Uhr. Eintritt 60 Pf. Erwachsene 1.20 M.

Der Vorstand.

Achtung! Die für heute abend in den drei Sälen geplante Versammlung fällt aus.

Gruppe II., Baumwolle. Montag, den 1. August, abends 7 Uhr, Sitzung im Kattell, Zimmer 104.

Eine Tonne Weizenmehl 6500 Mark.

Die freie Getreidewirtschaft zeigt bereits ihre Blüten. In Berlin werden die amtlichen Produktenpreise bekanntgegeben. Sie betragen für einen Doppelzentner:

Weizen, schlesischer prompt und August 400—486 ab Stationen;

Weizen, Meissenburger, September 400, Weizen August-September 468 ab Stationen fest;

Roggen, märkischer, Berlin 340—344 ab Stationen, Roggen pommerischer August 338—340 ab Stationen behauptet;

Wintergerste 304—370 ab Stationen, Sommergerste 480 bis 480 ab Stationen fest;

Hafner, neuer, August 342—344 ab Stationen;

Weizengemehl, August-September 360—650 fest;

Roggenmehl Juli—August 480—500 behauptet.

Da haben wir den Segen der freien Wirtschaft. Eine Tonne Weizenmehl 6500 M. Der Preis für einen Jeninner Weizenmehl kommt auf 325 M. Das ist — wohlgemert — der Preis, den der Großhandel den Produzenten, den Mühlen bezahlt. Dazu kommen noch die Handelsaufschläge, die Transportkosten, die Umsatzsteuer, die Zuschläge des Kleinhandels. Das Pfund Mehl „im freien Handel“ wird also so teuer sein, daß viele das Mehl einfach nicht werden kaufen können. Die Reichen werden es mühselig erwerben. Für sie werden Konditoren und Bäcker keine Backware aus diesem Mehl herstellen, die natürlich Absatz finden wird.

Die Armen haben das Nachsehen. Für das insändische Getreide werden höhere Preise gefordert und bezahlt als für die Auslandsware. Der Wucher der Produzenten kennt keine Grenzen.

Im bürgerlichen Blätterwald, in dem Jahr lang nach der freien Wirtschaft gerufen wurde, ist jetzt alles still. Im Handel stellt werden einsach die nackten Zahlen genannt, und damit hat es sich erledigt. Die Deutsche Tageszeitung bringt die neuen Getreidepreise mit fetten Lettern!! Die Großgrundbesitzer triumphieren.

Die heuchlerischen L. N. N. feierten lärmisch die freie Getreidewirtschaft als „eine Nützlichkeit zu Treu und Glauben“, sie hofften dabei, die Preise würden nicht gleich an die Weltmarktnotiz empor-schnellen. Das würde nicht gerechtfertigt sein. Jetzt zeigt es sich, daß die Agrarier weit mehr verlangen und auch bekommen!! Die edlen L. N. N. sagen dazu keinen Ton. Dafür heben sie gegen die Landarbeiter, die überaus schlecht bezahlt werden, und die deshalb in den Streik treten.

Geht das Getreide zu den hohen Preisen ab, so wird die Bevölkerung auf das Umgekehrte vergebens warten. Schon jetzt wird die Regierung antelegraphiert, daß — wegen der Dürre — die Landwirtschaft die paar Jeninner Getreide pro Hektar nicht liefern könnte. Dabei ist die Getreideernte gut. Tui nichts! Man will nicht liefern.

Und das ganze Umlageverfahren sollte ja auch bloß noch eine Dekoration für den schamlosen Wucher sein. Man wollte die freie Wirtschaft, man wollte diese maßlose Vereitierung der Zunker. Um den Raub noch etwas zu bemänteln, wurde zu dem Umlageystem gestritten, obwohl es schon beim Hafer elend Fiasco erlitte hatte.

Doch ein großer Teil der Verbraucher will es nun einmal so haben. Er lädt sich geduldig ausplündern. Er glaubt vielleicht

noch, das müsse so sein. Die Landwirte brauchen wirklich diese Preise. Die bürgerliche Presse hat ja alles getan, um ihren Lesern diese Gedanken beizubringen. Wenn die Verbraucher nicht in großen Massen auftreten und die kapitalistische Wirtschaft in eine sozialistische umgestalten, werden sie immer toller ausgeraubt werden.

Die Neugestaltung der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung.

Das Gewerkschaftskartell hatte für Mittwoch, abends 7 Uhr eine Versammlung in das Ellystum einberufen, Genoss Karl Steiner referierte über die Neugestaltung der Arbeitsunfähigkeitsorganisationen. Die Zahl der Anwesenden war eine so geringe, daß der Redner mit Recht darauf hinweist, das Interesse an der Sache stehe gerade im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Wichtigkeit. Gerade jetzt sei es so dringend notwendig, die Gesetzgebung mit aller Schärfe auf die Schwächen in dieser Beziehung hinzuweisen, sie immer und immer wieder daran zu erinnern, daß den Arbeitsunfähigen sofort und ausreichend geholfen werden müsse. Die Sozialgesetzgebung aber wird immer schlaffer und nachlässiger, innerlich immer ungünstiger, die ungeheure Verzettelung und Verzweigung der Versicherungen und Fürsorgearten wird größer und un durchdringlicher; es liegt kein einheitliches Prinzip in der sozialen Fürsorge, überall Füllwerk, ohne gemeinsame Grundamente. Die verschiedenen Arten: Kranken-, Unfall-, Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung, sogen. Armenpflege, Erwerbslosen-, Wochnerinnenversicherung, sie alle werden nach den verschiedensten Prinzipien gehandhabt, sie sind völlig voneinander getrennt. Der eine Zweig streift sich jahrelang, ob er oder ein anderer zu zahlen hat, und darüber kann der wartende Erwerbslose oder Arbeitsunfähige verhungern. Das ist ein ganz ungesundes Prinzip, überall ist es lädiert. Aber es ist kein Grund vorhanden zu dieser Zerrissenheit, es wäre viel einfacher und rationeller, alles auf eine Basis zu stellen.

Schreiende Missstände herrschen in der Invalidenversicherung. Hier walzt das Prinzip des Kapitaldeckungsverfahrens, große Kapitalien müssen erst angezahlt und eingezahlt werden durch Beiträge; selbstverständlich spotten bei den seit Friedenszeiten fast gleich gebliebenen Auszahlungsprozenten die Zustände jeder Beschreibung; dasselbe Prinzip walzt in der Unfallversicherung. Über ein Vergleich mit andern Versicherungswegen würde erst den richtigen Einblick gewähren und klarlegen, daß auf diesem Gebiet eine wahre Anarchie herrscht.

Man sieht jetzt Möglichkeiten, die Missstände, die durch die wirtschaftlichen Veränderungen entstanden sind, nördlich zu verkleinern. Es sind zwar einige Veränderungen eingetreten, die aber bei weitem nicht genügend;namenlich bei der Beurteilung ob Hafer oder Vollrentner, ist man sehr wählisch. Es muß einer schon ganz durchdringen daran sein, um eine Vollrente zu bekommen, von den Millionen in Deutschland sind es nur — 7000.

Auf unser Drängen im Reichstage erfolgt fast gar nichts; überall zahlen die Unternehmer höhere Preise für Rohstoffe und Produktionsmittel, aber für eine Erhöhung der Unfallversicherung, die sie für ihre Arbeiter zahlen sollten, waren sie nicht zu haben.

Namenlich sind die Invalidenrentner ganz schlimm daran. Durchschnittlich bekommen sie 17 M. monatlich, dazu bis 30 M. Zulage (bis Weihnachten 1920); vom Dezember 1920 an wurde die Zulage um — 40 M. erhöht, so daß sie also monatlich 20 M. erhalten. Wenn wir uns überlegen, daß wir ein ganze Million Invalidenrentner in Deutschland haben, so ist es ganz unbegreiflich, wie diese Leute auskommen können. Wir haben alles verloren, um diese Zustände zu bestätigen, man verschob alles auf den Herbst, auch die Mehrheitssozialisten stimmten für die Verschiebung.

Man sieht, nach keiner Hinsicht sind irgendwelche neuen Gedanken in das Versicherungswesen eingezogen, überall wird gesetzt.

Wie kann nun geholfen werden? Ohne eine völlige Veränderung der sozialen Grundlage und Gesetzgebung jedenfalls nicht. Vor allen Dingen muß eine einheitliche Organisation geschaffen werden für alle die verschiedenen, jetzt getrennten Zweige. Ob man Erwerbsloser, Kriegsbeschädigter, Invalidenrentner oder sonstwas ist, leben will man doch, es ist widerstreitig, all das mit so verschiedenem Maße zu messen; es muß ein bestimmtes Existenzminimum gezahlt werden, ohne daß man fragt, weshalb einer arbeitsunfähig ist.

Das, was hier vorgeschlagen wird, ist keine Zukunftsmusik, das ist möglich, auch in einem kapitalistischen Staate; es handelt sich um eine großzügige zentralistisch aufgebaute Organisation.

Wir finden im Reichstage jetzt eine Rücksicht in sozial-fürsorgerischen Fragen immer, wenn es sich um Ausgaben für arbeitsunfähige Proletarier handelt.

Deshalb muß die Arbeiterschaft selbst drängen auf Verbesserung ihrer Lage; solange sie ruhig ist, wird nichts erreicht werden. Die Erwerbslosen fordern und demonstrieren, desgleichen die Kriegsbeschädigten, sie bekamen dafür auch im Vergleich mit den Invaliden bedeutend mehr; aber die Invalidenrentner

schielen, sie sagen nichts. Sie müssen sich zusammenschließen, um stolzhaftig zu werden, aus dem Verhalten des Reichstags mühen die Konsequenzen gezogen werden.

Der Vertrag auf die Gewerkschaften darf in dieser Frage nicht allzu groß sein, dort ist man überburdet mit Arbeit, die Tätigkeit im Dienste des Klassenkampfes ist dort vorherrschend; aber man sieht ja an dieser schwachsinnigen Versammlung wieder, daß die Gewerkschaften einberufen haben, daß die Nachlässigkeit auf der Seite der Arbeiterschaft und der Invalidenrentner selbst liegt.

Verlassen wir uns nicht auf andre, sondern nur auf uns. Und alle, die heute noch arbeiten können, erinnern wir daran, daß sie morgen schon in derselben elenden Lage sein können wie der Invalidenrentner heute schon.

Dem Vortrag schloß sich eine kurze Aussprache an.

Aus den Ratsbeschlüssen.

Neues Wohnhaus im Albertpark. Beschlossen wurde der Rat eines Wohnhauses für die 2. Garteninspektion im Albert-Park neben dem jetzigen Dienstgebäude.

Handelsschule. Ferner wurde dem Beschuß des Finanzausschusses, der für die Handelsschule im diesjährigen Haushaltspolane eingestellte Jahresbilanz auf 40 000 M. zu erhöhen zugestimmt.

Kassenversicherung. Bewilligt wurden neben den bereits in den Haushaltspolane eingestellten 9000 M. weitere 33 500 M. zur sofort in Angriff zu nehmenden Kassenversicherung in den Grundstücken.

Strassenbahn. Ferner wurde die Wiedereinrichtung einer Straßenbahnhaltestelle an der Ehrensteinstraße beschlossen, dagegen abgelehnt, in die Einkommensgrenze von 20 000 M. bei Arbeitserwochenkarten die Teuerungszuschläge einzurechnen, sowie die Gültigkeit der Wochenkarten auch auf Sonntage und Wochenspieltage auszudehnen. Schließlich wurde über die Ausbringung von Mitteln in Höhe von rund 14 Millionen Mark zu dringend erforderlichen Neuanschaffungen und Erneuerungen größeren Umfangs bei der Straßenbahn Beschuß gefasst. Den Stadtverordneten ist Mitteilung zu machen.

Die USPD-Ortsgruppe Groß-Leipzig veranstaltet am Sonntag, dem 31. Juli, ihr Sommer- und Kinderfest. Wenn vor aller Dingen die Tätigkeit des Ortsvereins auf politischem Gebiete liegt, so soll auch den Kindern durch ein schön vorbereitetes Sommersfest Liebe zu der Organisation der Eltern geweckt werden. Die Kinder und ihre Begleiter stellen sich um 2 Uhr auf dem Reichsgerichtsplatz ein, um im Festzug nach den Bauern, wie es zu ziehen. Hier sollen sich die Kinder und auch ihre Eltern erfreuen an Spielen und Tänzen auf dem schönen Rasen. Die proletarische Jugend führt aufgelöste Volkstänze vor. Der Leipziger Volkschor wird die Anwesenden mit ihren Gesängen erfreuen. Dazwischen führt die Südbabteilung des Turn- und Sportvereins Eiche Neulenschwingen den Turnerinnen vor. Den Schluss bildet ein allgemeiner Fackelzug der Kinder auf dem Platz. Darauf werden 32 Jugendturner der Eiche einen Kampionenreigen zeigen und zum Schlus ein symbolisches Bild unter bengalischer Beleuchtung stellen. Dabei wird durch den Festredner auf die Wichtigkeit der Organisation der USPD hingewiesen werden und zum Schlus werden alle Anwesenden zwei Strophen der Internationale singen. Für die Gelegenheit, Speise und Trank hat die Festleitung Sorge getragen. Programme sind eventuell auch noch an der Kasse zu haben.

Bevölkerungssorgänge in Leipzig. In der Woche vom 17. bis 23. Juli fanden 162 Geschlechter statt. Lebend geboren wurden 208 Kinder; unehelich darunter waren 39. Totgeboren wurden 12 Kinder. Es starben 144 Personen; darunter 30 Kinder unter einem Jahre. An Tuberkulose verstarben 14 Personen. Vier männliche Personen verübten Selbstmord. Drei Personen, eine weibliche und zwei männliche, verunglückten tödlich.

Gegen die wilden Fahrer. Der Leipziger Verkehrsverein hat auf Grund vieler Beschwerden, die infolge dernahme der Unglücksfälle durch rücksichtloses Fahren der Fuhrwerke bei ihm eingelaufen sind, sich veranlaßt gesehen, eine Einigung an das städtische Polizeiamt zu richten, in der der Verkehrsverein fordert, daß im Interesse der Verkehrsicherheit unserer Stadt gegen die überhandnehmende wilde Fahrt der Fuhrwerke, Autos und Radfahrer mit allen Mitteln von der zuständigen Behörde eingeschritten wird. Es ist im Interesse des Verkehrs dringend notwendig, daß die Polizeiorgane wilde Fahrer unnachlässlich zur Anzeige bringen.

Ein Bubenstreit. Die Abteilung Mosau des Arbeiter-Radfahrbundes Solidarität veranstaltete vorigen Sonntag anlässlich ihres Stiftungsfestes eine Koflosfahrt durch Mosau. Leider muhten die an dieser Fahrt beteiligten Radfahrer eine recht unangenehme Wahrnehmung machen. Vom Rathaus bis zum Neuen Bahnhof war die ganze rechte Seite mit Nageln bestreut, um durch Schlauchdefekte eine Störung der Fahrt hervorzurufen.

Jennie schwieg einen Augenblick. Sie blickte Peter an, und er bemerkte, daß sie erschrocken war. „O Peter,“ flüsterte sie. „Du hätte es nicht sagen dürfen, ich hätte es keinem Menschen sagen dürfen.“

Etwa in Peter jauhte vor Freude. Um seine Erregung zu verbergen, vergrub er den Kopf an des Mädchens Brust. „Liebste,“ murmelte er. „Geliebte.“

„O Peter, Du wußtest es, nicht wahr?“

„Natürlich,“ lachte er. „Werde es niemandem sagen. Du kannst mir vertrauen.“

„Aber Herr Andrews beharrte auf dem Geheimnis,“ meinte sie. „Neh Sadie und mich schwören, daß wir es keinem Menschen verraten.“

„Du hast es mir nicht verraten, ich erfuhr es zufällig. Sprich nicht darüber, dann wird es kein Mensch wissen. Sollte es dennoch jemand erfahren, so kann man Dir keinen Vorwurf machen, wird glauben, ich habe Jack Ibbets im Gefängnis kennengelernt.“

Jennie vergaß ihre Sorgen, Peter lächelte und liebkoste sie, um seinen Triumph zu verborgen. Er hatte die von Guinen gestellte Aufgabe gelöst, hatte das erste große Geheimnis des Gooper-Halles entdeckt. Der Spion im Gefängnis von American-City, der das Verteidigungskomitee mit Nachrichten versorgte, war Jack Ibbets, einer der Gefängniswärter, der Vater der Schwestern Todd!

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Städtische Theater. Freitag, den 29. d. M., gelangt die Römanische Operette Das Holländische Weibchen zum 25. Male zur Aufführung. — Der Vorverkauf für die am Sonnabend stattfindende Eröffnungsführung der Operetten-Neuheit Die spanische Nachtmagie beginnt bereits heute, Donnerstag, an der Tageskasse. —

Sonnabend, den 30. d. M., gelangt im Neuen Theater außer Anrecht Peter Gynt (dramatisches Gedicht in 5 Akten von Henrik Ibsen, Musik von Eduard Grieg) zur Aufführung. Der Vorverkauf beginnt morgen, Freitag, an der Tageskasse des Neuen Theaters.

Eröffnung

Freitag, den 29. Juli, vorm. 11 Uhr



T. Fooge
SEIDE + SAMT u. MANUFAKTURWAREN
Engros-Abt. **Kaufhaus im ersten Stock** 1. Stock Wiederverkäufer werden in meiner Engros-Abt. bedient Erdgeschoß

Lichtspiele Alberthalle

Ab Freitag, den 29. Juli cr.

Kommen Sehen Staunen übertrifft alles bisher Gebotene.



Sensationen

wie sie bisher noch nicht gezeigt wurden.

6 Abteilungen.

Wir bringen den ersten großen amerikanischen 36aktigen Episodenfilm. Bisher überall ausverkaufte Häuser.

Außerdem

—Der Schrei aus dem Fenster.

Großer Detektivfilm in 5 spannenden Akten.

Beide Filme werden nur bei uns in Erstaufführung gezeigt.

10 Akte.

Versäumen Sie nicht, sich diesen fabelhaften Spielplan anzusehen.

Nur für Erwachsene über 18 Jahre

Amtliche Bekanntmachungen.

500 Mark Belohnung!

In der Nacht zum 27. Juli 1921 sind nach Einbruch aus einem Schuppen des Teichgrundstückes der Firma Meier & Weisheit in Blau Knautzschberg nachenannte Gegenstände u. zwar ein 30 Meter langes, steinmaltesches Tischtuch mit Nordseewölker und Steinschwerung, eine 25 Meter lange Kante, ein grauer Regenmantel und eine schwarze Kuhlederjacke

gestohlen worden. Obige Belohnung ist für Errichtung der Täter ausgesetzt. Sachdienste der Landeskriminalpolizei, Brigade Leipzig, Wachteritz 5, Zimmer Nr. 6, und die Gendarmeriebrigade Großschaar.

Sächsische Landeskriminalpolizei, Brigade Leipzig.

Die Ausgabe der neuen Mitglieder erfolgt Freitag, den 29. Juli 1921, im Kriegeramt, Weißbachweg 1, in der Zeit von 1/28-1 Uhr vormittags und von 2-3/4 Uhr nachmittags.

Markranstädt, 27. 7. 21. Der Stadtrat.

Sparkasse Wahren.

Geschäftszeit von 8 bis 12 Uhr.

USPD. Groß-Leipzig

Liebertwolkwitz. Freitag, den 29. Juli, abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung im Gasthof zum schwarzen Ross. Tagesordnung: 1. Gemeinderatsbericht. 2. Auskünfte. 3. Berichtedenes. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Achtung! Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene von Görlitz, Cottbus, Möckern und Wahren. Freitag, den 29. Juli 1921, abends 7 Uhr, im Niekau-Ausschank, Liebertwolkwitz: Große öffentliche Versammlung. Thema: Einheitsverbund oder Internationaler Bund? Referent: Gen. Müllert, Leipzig. Erleichterung in Massen!

Internationaler Bund der Kriegsopfer

Section Deutschland, Ortsgruppe Leipzig.

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turn-Vereine

L.-Entrichth. Turnverein Vorwärts. Sonnabend, ab 7 Uhr vorm. Wettkampfturnen auf dem Platz. Einlaß 6 Uhr. Anfang 1/7 Uhr. Freundlichkeit lädt ein. Der Turnrat.

Gaußth. Neuer Turnverein. Sonntag, den 31. Juli, im Alten Gasthof untere Rahmen-Entstaltung statt. Von 4 Uhr an Großer Festball. Alle diejenigen, welche mit dazu beigetragen haben, daß es uns möglich geworden ist, dieses Vereinsleben zu schaffen, sowie die gesamte Arbeiterschaft ist hierzu herzlich eingeladen.

Der Turnrat. Die Vorturnerschaft.

Markranstädt. Freie Turnerschaft. (F. A.) Sonntag, ab 7 Uhr vorm. Wettkampfturnen auf dem Platz. Einlaß 8 Uhr. Halbjahresversammlung im Schloss Lindenfelde (Blauer Saal). Anträge sind vor dem Vorstand einzureichen. — Vor Beatin der Versammlung Befreiung des Turnrates. In Abwehracht der wichtigsten Tagesordnung ist es Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen.

Wahren. Sonnabend, den 30. Juli 1921, 1/8 Uhr. Dienstag, 2. August, 8 Uhr, Generalsammlung.

Radfahrer-Bund Solidarität

Abt. P.-Stütz. Sonnabend, 30. Juli, Abendausflug mit Muß nach Baalsdorf. Abmarsch Punkt 7 Uhr vom Landhaus. Gäste willkommen.

Gamariter-Vereine

Kolonne Leipzig. Freitag, den 29. Juli, abends 7 Uhr, im Kolonialhaus die Halbjahres-Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Ausdruck eines Mitgliedes. 2. Bericht über das vergangene halbe Jahr. 3. Neuwahl des ersten Vorstandes. 4. Berichtedenes. Alle Mitglieder sind hiermit eingeladen.

Der Vorstand.

Familien-Nachrichten

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim zu frühen Hinjediegen untreuer lieben, unvergesslichen Mutter, Schwester- und Großmutter.

Frau Minna verw. Münzner

sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie dem Herrn Chef und dem Gesamtpersonal der Firma Adolf Pehold ihr Blumen und Goldende untern herzlichen Dank. Gleicher Dank dem Gartenverein Immergrün sowie den Frauen des Vereins. Dank auch den Hausbewohnern für den Palmenzweig und das lezte Geleit. Dies alles hat unsern Herzen wohlgemacht.

Dort aber, liebe Mutter, ruhtet wir ein Nube sanft in dein fülliges Grab nach.

— Kleinstädter, den 28. Juli 1921.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Nach schwerem Leiden verschied mein innigst geliebter Mann, unter aufer, treuloser Vater und Bruder

Karl Plattner.

In tiefer Trauer

Göhren bei Markranstädt, den 25. Juli 1921.

Linda Plattner geb. Karg im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Die Beerdigung erfolgt Freitag, nachmittags

3 Uhr, auf dem Markranstädter Friedhof.

Arbeitsmarkt

Schornsteinmaurer
sucht M.W. Schmelter, Deuben-Dresden

Nur geübte Handschuhfärberinnen
in und außer dem Hause suchen
Baader & Gerlach, Moltkestraße 75.
Maschinen werden ausgeliehen. Wohnungsschlüssel mitbringen.

Maurer gesucht

Deutsch. Eisenbahnstraße 13
Guter Verdienst
Durch Verkauf von Taschenwörtern an Private Kauf als Nebenerwerb. Für kleines Lager 1000 M. erforderlich. Offeren "Lagerkarte 35" Dresden-A. 14.

Bedürftige Frau oder Mädchen, sollt. unabh., z. Aufwart. gel. Gold Krone, Nöllner Str. 88.

Arbeitsl. Parteigenosse

(Redakteur) nut. Ref. grob. techn. jurist. u. präf. Erfahrt. um Stempeln u. vermeiden Ldt. tra. w. Art. a. aushilfsw. in Partei. Preis od. Gewerkschaft. Off. u. K. 37 Exp. d. Bl.

Verhäuser

Weltkönigstraße 9
z. Reichsbank: schönes Doppelhaus mit Laden (vorjügl. Lebensmittelgeschäft) 5500 M. Wittertren. Tel. 70000 M. bei 25000 M. Anzahlung verläufig durch Gräf. Altenburg, S. A.

Spottbillig

Getragene und neue Anzüge und neue

Anzüge Hosen

Militär- gestreifte schwarze Arbeitshosen nur prima Qualitäten u. feinste Schneider-Arbeit a. sämtliche Schuhwaren kaufen Sie wie altbekannt beim billigen

Kanner

Eisenbahnstr. 5

Anzüge

alle neueste Formen und Farben, gestreifte Militär-Manchester-schwarze dunkelblaue Militär- und Sommer-Juppen billigst

Wadewitz,

Windmühlenstr. 33, I. Kefn Laden, daher die staunend billigen Preise.

Anzüge

Manchester - Juppen Hosen feldgrau .. Manchester engl. Leder verkauft billig

Barth

Grosse Fleischergasse 1.

Spottbillig

Anzüge

*) Neu und getragen von feinsten Kavalieren kaufen Sie auffallend billig, auch sämtliche Schuhwaren nur beim

billigen Kanner

Eisenbahnstr. 5.

Anzüge

von alle Hosen, Cutaway, Gehrockanzüge, Schlüpfanzüge, Covercoats, Gummimäntel ... Bitte anfragen, ohne Kaufzwang

Johannisplatz 8

hinter der Kirche.

Mehrere Anzüge, Hosen, Schläpfer, Cutaway, Gehrockanzug bill. Lange Str. 10, I.

Gelegenheitsläufe!

Zackt-Anzüge, guter, bill. leichter Arbeiter-Zackt und Hosen, Mil.-Blousen, Hosen, Reithosen, Mil.-Schuhe und Stiefel, Rantische Gasse, Lad.

Selten billiges Angebot!

900 Anzüge

Covercoats, Schlüpfanzüge, von solid bis zu den modernsten auffallend schönen Farben aus besten Stoffen, sowie Gesellschaftsanzüge, Hosen.

Gummimäntel
Juppen, Lodenmäntel
für Herren, junge Herren u. Knaben
zu selten billigen Preisen
Teilweise weit unter Preis
Bitte um Besichtigung!

J. Kindermann Noumarkt 1,
Kein Laden, 1. Etg.

W.MARTIN SALZGASSCHEN

FERNRUF №2988

SCHUHE
SONDERANGEBOT

Herrenstiefel 98⁵⁰

in Rindbox, Größe 43/46

Verlangen Sie den guten
Schilling's Kautabak

„Kauucht“

R. Schilling, Kautabakfabrik

Telephon 16574 Leipzig Plösnner Weg 16

Hemden f. Damen 18.- f. Herren 18.-

Hemdenbarthent . . . m 8.-

Körper, Inlett . . . m 20.-

Blousen, Schulter, Stützpolster, blau.

Hemden, Sildar, Stridaen.

Blousen Kleider aller Art.

Wäsche, billig . . .

Hippe, Sophienstraße 29, II.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Federbetten m. Kissen, rot, billig. Bananische Str. 42, II. I.

2 Schöne Feder

Sächsische Angelegenheiten.

Der Kampf um die Amtshauptmannschaft.

Der bürgerliche Pressefeldzug gegen die Ernennung des Genossen Ryssel zum Leipziger Amtshauptmann geht lustig weiter. Den Wangel an sachlichen Argumenten sucht man durch desto mehr Druderhärze zu ersehen. Dass dadurch der künstlich genährte Kampf bürgerlicher Kreise gegen die sozialistische Regierung nicht aussichtsreicher wird, scheint jenen Leuten nicht zum Bewusstsein zu kommen. Man zieht alle Hebel gegen die Regierung, droht und schimpft und da dieses nicht reichen will, verlegt man sich auch einmal auf gläserliches Zureden, um dann gleich wieder die Faust gegen die Regierung zu halten. So bringen die Leipziger Neuesten Nachrichten in ihrer Mittwochsnachricht unter der vielversprechenden Überschrift: "Pyrrhusieg der Regierung oder staatsmännisches Einlenken? eine Fazit zum Stroh, worin von schweren Nachteilen für die Regierung und die Mehrheitsparteien geschwadroniert wird, wenn Rysses Ernennung nicht aufgehoben wird. Men kann dann in dem Nachrichtenartikel weiter lesen: "Noch ist möglich, dass im Hinblick auf die Ergebnisse, die bei einer Einsetzung eines sächsischen parlamentarischen Untersuchungsausschusses sich ergeben könnten, die Ernennung zugunsten eines Fachmanns von unzweckhafter Verfassungstreue zu übergenommen wird. Auch wird die mögliche Nachprüfung der Ernennung durch den Reichstag im Hinblick auf Artikel 130 der Reichsverfassung nach den Niederlagen, die die jetzige sächsische Regierung bei Nachprüfungen von Reichs wegen z. B. in Schul- und Religionsfragen fortgelebt erlitten hat, vielleicht der Anlass, die Ernennung zurückzunehmen, um eine neue Niederlage von vornherein zu vermeiden. Unter Umständen ist es das politischste, rechtzeitig zuzugeben, dass man über das Ziel hinausgeschossen hat."

Man will also durch gutes Zureden und durch Gruseligmachen die Regierung bewegen, die Ernennung wieder rückgängig zu machen. Das wird den interessierten Herren ebenso wenig nützen, wie all der Presselfern und die Protestlösungen, mit denen die Oeffentlichkeit schon beglückt worden ist. Wenn sich der Schreiber des Artikels auf den Paragraph 130 der Reichsverfassung beruft und die Reichsregierung um Hilfe anwinkelt, so ist zu antworten, dass der angezeigte Paragraph nicht gegen die Berufung eines Parteimannes in ein höheres Verwaltungsaamt ausgespielt werden kann. In dem Paragraphen wird ausdrücklich gefagt, dass allen Beamten die Freiheit ihrer politischen Gesinnung gewahrleistet wird. Es kann also auch ein Unabhängiger Leipziger Amtshauptmann sein.

Der Artikelschreiber sucht hinter sein gläserliches Zureden einen Druck zu machen, indem er ankündigt, dass bei Nichtzurücknahme der Ernennung „die betroffene Staatsbeamtenchaft dann aus Notwehr sich sicherlich bald dauernde Abwehrmaßnahmen von solcher Leistungsfähigkeit schaffen, wie sie z. B. die Eisenbahner und Lehrer besitzen und mit so großem Erfolg ständig benutzen.“ Die Beamten würden sich nunmehr zunehmend den bürgerlichen Parteien zu ihrem Schutz anschließen. „Immer mehr mittlere und untere, ja auch zunehmend mehrheitssocialistische Beamte erkennen die große Ungerechtigkeit, die den Beamten aller Grade droht, wenn in Sachsen Partei und nicht sachliche Tüchtigkeit für ihre Posten als das Entscheidende nunmehr gelten soll, und ziehen im stillen daraus ihre Folgerungen für die Wahlen.“

Man will ancheinend mit dieser Sicherung Eindruck auf die um die Gefolgschaft der Beamten besorgten Rechtssozialisten machen und sie zum Umfall bewegen. Wir glauben nicht, dass dieses gelingen wird. Die rechtssozialistische Presse hat bis jetzt einmütig die Ernennung Rysses gebilligt. Ein neuer Beitrag zur zustimmenden Haltung der Rechtssozialisten ist ein Artikel von Edmund Fischer über den Fall Woeller-Ryssel in der Sächsischen Gemeindezeitung. Fischer schreibt unter anderm:

"Nun haben wir auch in Sachsen keine Monarchie von Gottes Gnaden mehr, die „Obrigkeit“ ist das Volk selbst, von dem alle Macht ausgeht – ausgehn soll, wie es die Verfassung vorschreibt. Wir haben eine parlamentarische Regierung, und da im Parlament die Sozialisten die Mehrheit haben, so ist auch die Regierung, die nur einen Ausschluss des Parlaments darstellt, sozialistisch. Die Stellung des Amtshauptmanns ist aber noch ganz dieselbe wie früher: er ist ein Instrument der Regierung, der die Regierungspolitik in seinem Bezirk zu vertreten hat. Und so selbstverständlich es war, dass in der agrarisch-junkerlichen Monarchie mit ultra-konservativer Regierungspolitik nur ein Anhänger und Verteidiger des ancien régime Amtshauptmann werden konnte, ebenso selbstverständlich sollte es sein, dass in der sozialdemokratischen Republik nur Anhänger und Verteidiger der Demokratie, Republik und des Sozialismus zum Amtshauptmann ernannt werden!"

Fischer weist darauf hin, dass in Preußen zahlreiche Landräte aus dem Amt entlassen wurden und dass Mitglieder der Regierungsparteien, der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokratischen Volkspartei eingefangen wurden. Fischer schreibt:

"Waren z. B. 15 Landratsposten zu besetzen, weil die bisherigen Inhaber des Amtes entlassen worden waren, so wurde unter den Parteien vereinbart, wieviel Landratsposten einer jeden Partei zufallen, z. B. wurden dann ernannt: 6 Sozialdemokraten, 6 Zentrumshänger, 3 bürgerliche Demokraten. So ungefähr gefolgt es in der Provinz Sachsen. Die Kandidaten wurden von den Parteien vorgeschlagen. Und auch die bürgerlichen Landräte waren in der Regel zuvor nicht Beamte auch „christliche Arbeiter“ und demokratische Politiker wurden zu Landräten ernannt.

Das, was die monarchischen Parteien, die Mitglieder der heutigen Deutschnationalen Volkspartei und der deutschen Volkspartei, früher für richtig erkannt und getan haben, das, was die Demokratische Partei und das Zentrum in Preußen für richtig befunden und getan haben – das sollen die sozialistischen Parteien in Sachsen nicht tun dürfen?"

Fischer hat nicht unrecht, wenn er weiter sagt, dass die Amtshauptmannschaft keine demokratische Einrichtung, sondern eine Diktatur ist und schreibt:

Das Gegenteil der Diktatur ist die Selbstverwaltung, im vorliegenden Falle also die Selbstverwaltung der Bezirke, die sogenannte Kommunalisierung der Amtshauptmannschaften. Das aber erstrebte die Regierung mit der Reform der Gemeindewahlung, die die Amtshauptmannschaften und die Kreishauptmannschaften, diese diktatorischen Einrichtungen aus dem monarchischen Obrigkeitstaate, als Regierungsbezirke aufheben und die Selbstverwaltung der Bezirke und somit die Wahl des Bezirksvorstehers, des Amtshauptmanns, bringen soll.

Wer nicht will, dass der Amtshauptmann nach seiner Parteistellung ernannt wird, muss diese demokratische Lösung der Amtshauptmannschaften wollen.

Aber gerade das, die Demokratie, wollen die Geheimräte, die den Aufsichtsamt wünschen, wenn die Verwaltung demokratisiert wird, nicht.

Wir brauchen dem nichts weiter hinzuzufügen.

Die Krise in Sachsen.

Zu den Auschuhverhandlungen über die Grund- und Gewerbeuervorlagen ist noch zu berichten, dass sich die Verhandlungen auf zwei Fragen zuspielen:

1. Sollen die Genossenschaften (Konsumvereine) von diesen Steuern freibleiben? 2. Sollen die Betriebsanlagen

mit zur Steuer herangezogen werden? Die bürgerlichen Parteien verneinten beide Fragen; die erste aus Rücksicht auf ihre Wähler aus den Reihen der selbständigen Handwerker und Kleingewerbetreibenden, die die Konkurrenz der Konsumvereine fürchten; die zweite aus Rücksicht auf die Wähler, die sich nicht in das Interesse ihres Betriebes hineinsehen, mit andern Worten, die nicht ihr wirtschaftliches Vermögen abschätzen lassen wollen.

Da die Rechtsparteien bei der Haltung der Kommunisten, die prinzipiell die Steuern ablehnen, glaubten, sie könnten durch allerlei Kompromiss die Steuervorlagen nach ihrem Geschmack modellieren, setzte, namentlich unter Führung des Oberbürgermeisters Blüher, am Montag und am Dienstag vor der Sitzung ein schwaches „Kuhhandel“ ein. Da die Fraktion der SPD sich am Montag auch für die Ausdehnung der Grundsteuer auf die Konsumvereine erklärte, schien diese Vorlage mit den Stimmen der Rechten und der SPD gesichert. Als aber am Dienstag sich eine Mehrheit ergab für die Freilassung der Betriebsanlagen (die SPD stimmte mit uns), wurde die Gewerbesteuervorlage abgelehnt von den Rechtsparteien und von den Kommunisten. Herr Abg. Blüher erklärte darauf, dass die Deutsche Volkspartei nun auch die Grundsteuervorlage ablehne. Die endgültige Abstimmung ergab, dass beide Vorlagen mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Kommunisten abgelehnt wurden. Der „Sten“ der bürgerlich-kommunistischen Mehrheit wurde von dieser selbst mit reich nachdenklichen Gesichtern festgestellt.

Wie die bürgerliche Presse meldet, hat gestern in Dresden ein Ministerial stattgefunden, der sich mit der Ablehnung der Grund- und Gewerbesteuer im Landtagsausschuss, mit der Besoldungsreform und anderen parlamentarischen Fragen beschäftigte. Über das Ergebnis des Ministerials schreiben die Leipziger Neuesten Nachrichten:

"Werden die Steuervorlagen am kommenden Freitag auch in der Vollstzung des Landtages abgelehnt, dann soll der Ministerpräsident eine Erklärung dahin abgeben, dass die Regierung angesichts der Verweigerung der Grund- und Gewerbesteuer nicht in der Lage sei, die beiden andern zur Entscheidung stehenden Vorlagen durchzuführen, nämlich die Beamtenbesoldungsreform und die Übernahme der persönlichen Schultaten auf den Staat."

Ob der Horcher der L. N. N. richtig gehört hat, wird die Freitagsitzung des Landtages zeigen. Den Bürgerlichen scheint die Lage nicht angenehm zu sein, weil sie bei offenem Ausbruch der Krise und etwa eintretenden Neuwahlen die Leidtragenden sein würden. Deshalb ist auch von den bürgerlichen Parteien über Verlangen nach Landtagsauflösung nichts zu hören.

In der Dresdner Volkszeitung beschäftigt sich der rechtssozialistische Abgeordnete Behle mit der Ablehnung der Regierungsvorlagen im Landtagsausschuss. Behle meint, wenn die Regierung ohne finanzielle Mittel weiter regiere, bedeute dies einen großen Mangel an Verantwortlichkeit und Führung. Unter solchen Umständen müsse mit einer eventuellen Bevölkerung der Wähler, d. h. mit einer Auflösung des Landtages gerechnet werden. Wir sind die Leute die einer solchen Lösung leidlich das Wort reden wollen. Wenn die Frage schon einmal geregelt werden muss, um aus dem ständigen Dilemma herauszukommen, so sollte allerdings schon bald die Auflösung ausgesprochen werden. Die Neuwahlen würden unter dem Schatten der die Arbeitnehmer aus äußerster Unruhigkeiten Reichssteuerpolitik mit der Parole „Gegen die bürgerlichen Steuerdrücker“ ausgeschoben werden, und es müsste seltsam auftreten, wenn unter dieser politischen Situation und einem bedingten Zusammensetzen mit der USP, nicht eine Erfolgreiche Abreise mit dem Bürgerlichen, aber auch der arbeiterähnlichen Politik der Kommunisten erfolgen sollte. Immerhin liegt, wie bereits betont, die Entscheidung über diese Lösung bei den Bürgerlichen und den Kommunisten."

Auch wir sind der Meinung, dass das Volk zur Entscheidung aufgerufen werden muss, wenn die Bürgerlichen im Bunde mit den Kommunisten der Regierung das Arbeitern unmöglich machen. Die arbeitende Bevölkerung wird sich in ihrer großen Mehrheit für die sozialistische Regierung entscheiden.

Gewerkschaftsbewegung.

Landarbeiterstreik in der Amtshauptmannschaft Leipzig.

Der größte Teil der landwirtschaftlichen Arbeiter in der Amtshauptmannschaft Leipzig, mehr als 2000 Mann, sind am Mittwoch, dem 27. Juli, in den Aussand getreten. Grund hierzu ist die Weigerung der landwirtschaftlichen Unternehmer, den Arbeitern einen den Tenerungsverhältnissen entsprechenden Lohn zu zahlen.

Trotzdem die Neuregelung der Getreidewirtschaft den deutschen Agrarien aus der bisherigen Gewinnen neue Milliardenanwinne auszahnt, erklären die Landwirte, sie seien nicht imstande, ihren Arbeitern einen Stundenlohn von 4 Mark zu gewähren. Die Agrarbeiter wollen ihre Arbeitern eben unter allen Umständen wieder zu willenlosen, auf die Gnade des Besitzers angewiesene Sklaven machen.

Vorher wurden die landwirtschaftlichen Arbeiter mit einem Stundenlohn von 2.65 Mark abgepeitszt. Bis zum 15. April d. J. erhielten sie gar nur 2.30 Mark. Nachdem der vorjährige Tarif im Dezember 1920 abgelaufen war, weigerten sich zunächst die Landwirte, überhaupt den Tarif zu erneuern. Die Verhandlungen schleppen sich bis zum Frühjahr hin. Erst als die Agrarbeiter merken, dass die Aufhebung der Getreidezweckwirtschaft geplant war, lenken sie ein. Dabei spekulierten sie darauf, dass die Landarbeiter von den Plänen der Reichsregierung noch nichts wüssten und sich bei ihren Forderungen noch auf die alten Getreidepreise und bisherigen Lebenshaltungskosten stützen würden. Mit Wirkung vom 15. April 1921 wurde dann der Tarifvertrag erneuert. Er hat einen Stundenlohn von 2.65 Mark vor. Dieser Tarif soll bis zum 30. Juni 1922 gelten. Unbegreiflicherweise hat der Vorstand des Landarbeiterverbandes hierzu seine Zustimmung gegeben. Er hat damit eine geradezu sträfliche Kursichtigkeit an den Tag gelegt.

Nachdem der Tarif einige Wochen unter Dach war, warnen die bürgerlichen Parteien den deutschen Agrarien fast 10 Millionen Mark in Form ungeheuer erhöhter Getreidepreise in den Nachen. Die Folge ist ein fortgesetztes Steigen der Lebenshaltungskosten, unter der auch die Landarbeiter ungeheuer zu leiden haben. Alle Versuche des Verbandes, die Landwirte auf gütliche Weise zur Zahlung eines den veränderten Tenerungsverhältnissen entsprechenden Lohnes zu bewegen, scheiterten an deren Hassstarrigkeit. Die Landwirte sieben wohl schmunzelnd die hohen Gewinne ein, wollen aber den Opfern ihres Wucherstrebens und den Förderern ihres Reichtums selbst die allernotwendigste Erhöhung der Löhne vorerhalten.

Der Landarbeiter hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt. Da sie immer wieder von den Landwirten genascht wurden, waren sie nicht länger zu halten und traten in den Streik. Sie wollen die günstige Situation, die ihnen die Ernte verschafft, nicht ungern ausnutzen.

Jetzt schreien die Landwirte über den „Tarifbruch“ der Landarbeiter. Das Rattengesetzblatt am Peterssteinweg, die Leipziger Neuesten Nachrichten, stellt sich schäsig hinter die landwirtschaftlichen Wucherer, indem es den Streik als ein politisches Manöver der russischen Bolschewiken denunziert. Die armen Soldaten des Herrn Herzfurth brauchen sich wirklich keine Mühe zu geben, die Oeffentlichkeit verbünden zu wollen. Die breite Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten weiß, dass der Kampf der Landarbeiter nur zu berechtigt ist. Das Lügengesetz und seine Ausstrahl-

geber ernten jetzt nur, was sie gesät haben. Der Landarbeiterstreik ist die logische Folge der Politik der bürgerlichen Parteien die die gesamte bürgerliche Presse gutgeheißen hat. Die L. N. N. waren die schärfste Kritiker nach der Ausbeutung der Konsumen. Erst hat das Schandblatt nach der Erhöhung der Getreidepreise geföhrt. Jetzt, dass es dieses erreicht hat, will es von seinen Schandtaten ablenken dadurch, dass es seinen bedauernswerten Lesern vorlässt, der Landarbeiterstreik sei ein bolschewistisches Machwerk. Möchten nur die Arbeiter und Angestellten daraus die Lehre ziehen, dass dieses Unternehmerorgan in keinen Arbeitshaus gehörte.

Die bürgerliche Presse faselt davon, dass durch den Streik die Ernährung der Bevölkerung in Frage gestellt würde. Diese Sorge um die Bevölkerung ist geradezu lächerlich, sie stellt sich immer dann ein, wenn die Arbeiter Forderungen stellen. Warum bleib denn die bürgerlichen Blätter, die die Landarbeiter das Getreide verfüllen und verschicken, anstatt es zur Ernährung der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen? Weshalb schreiben sie nichts davon, dass durch die Verdoppelung und Verdreifachung des Getreidepreises Hunderttausende armer Menschen dem Hungertod in die Arme getrieben werden? Die Antwort ist leicht: weil die bürgerliche Presse ausgeschalten wird von den Kapitalisten und nur deren Geschäft besorgt!

Die Amtshauptmannschaft hat sich unmittelbar auf die Kunde vom Ausbruch des Streiks veranlasst gemacht. Maßnahmen zur baldmöglichsten Beendigung desselben zu treffen. Daraufhin hat am Mittwochvormittag in der Amtshauptmannschaft eine Zusammenkunft der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer stattgefunden. Die Regierung hat den Landarbeitern nahegelegt, die Notstandsarbeiten zu verrichten. Es müsse alles geschehen, um baldigst wenigstens soviel der Ernte einzubringen, dass zum mindesten die aufzubringende Umlage sichergestellt sei.

Soweit bekannt ist, haben eine Reihe von einflussreichen Landwirten die Forderungen der Landarbeiter bereits bewilligt. Auf Anregung der Regierung ist der Schlichtungsausschuss angerufen worden. Bis zu dessen Entscheidung haben sich die Arbeiter bereit erklärt, die Notstandsarbeiten zu erledigen.

Die Landarbeiter haben die volle Sympathie der Arbeiter- und Angestelltenchaft für sich. Sie werden fest und treu zusammenstehen, trotz der Drohung mit Einschaffung der technischen Not hilfe, bis sie ihren gerechten Forderungen Gestalt verschafft haben!

Zu dem Streik wird uns noch geschrieben:

In der am 26. Juli d. J. stattgefundenen Sitzung der Vertreute des Landarbeiter-Bandes der Amtshauptmannschaft wurde einstimmig beschlossen, am 27. Juli in den Streik zu treten. Die Ursache der Arbeitsniederlegung besteht in der Weigerung der Arbeitgeber, die Lohnerhöhung nach dem Durchschnitt zwischen Zwangspreis und freiem Marktpreis zu gewähren. Man stützt sich hierbei auf den am 15. April abgeschlossenen Tarifvertrag, der noch unter der Zwangswirtschaft abgeschlossen werden musste. Da diese aber ab 16. Juli d. J. zum größten Teile aufgehoben ist, hat die Landarbeiterchaft ein Antrecht, die Erhöhung ihrer Löhne nach den veränderten Wirtschaftsverhältnissen zu fordern. Wir bitten die Industriearbeiter, uns in diesem Kampfe zu unterstützen, indem jede Streikarbeit abgesetzt wird.

Die Streikleitung des D. L. V.

Einen bemerkenswerten Wahlerfolg

errangen die USP-Metallarbeiter in Merseburg. Sämtliche Kandidaten stellte die USP; die Kommunisten, an deren Spitze Könen steht, unterlagen. Zur Zahlstelle gehört auch das Leunawerk, das früher umstrittene Hochburg der KPD war.

In Halle wurden 4 USP- und 1 SPD-Metallarbeiter gewählt.

Die Leipziger Tischlerinnung zum Reichsmantastarif.

Die bürgerliche Presse berichtet von der letzten Quartalsversammlung der Leipziger Tischlerinnung, dass der wichtigste Punkt der Beratung der Reichsmantastarif war, an dem lebhafte Kritik geübt worden sei. Namentlich wendeten sich die Tischlermeister gegen die Leistungsbestimmungen. Schließlich stimmte die Versammlung dem Tarif zu. Zu den Verhandlungen wegen der Feststellung der Löhne in Sachsen wurde Obermeister Friedrich gewählt, dem noch Groß, Georg Müller, Jansen, Bischof und Otto Meyer zur Seite stehen.

Streik der Berliner Zimmerleute.

Die Berliner Zimmerleute haben wegen Lohnstreitigkeiten beschlossen, am Mittwoch, dem 27. Juli, in den Streik zu treten. Damit wird das Baugewerbe in Berlin stillgelegt. Auch der Bau der Hoch- und Untergrundbahnen muss unterbrochen werden. In den Streik sind eingeschlossen die Zimmerleute, die in den Metall-, Textil-, Film-, chemischen usw. Betrieben tätig sind.

Beendigung des Rheinschiffstreiks.

Die streikenden Maschinisten und Hoizer der Rheinflotte haben beschlossen, am 27. d. M. die Arbeit wieder aufzunehmen.

Streiklust in Polen.

Die Nachwirkungen des oberschlesischen Aufstandes und der Valmatastrope machen sich in einer neuen Hochstut innerer Unruhen geltend. Die gesamte Lodzer Textilindustrie liegt seit zehn Tagen still, ebenso die Textilfabriken in Tomaszow, Jaroslaw und andern wichtigen Industriezentren; die Preise kündigt ferner einen Streik in der Metallindustrie an. An den Straßenbahnen Warschau sind Aufzüge angelassen, die zu einem Gesamtstreik der chemischen Industrie auffordern. Auch im Kohlenindustriegebiet herrschen Unruhen; es ist zu Ausschreitungen der Arbeiter gegen Beamte gekommen. Die Beamtenschaft hat daraufhin einen bisher ergebnislosen Schritt des polnischen Bergwerks-Zentralverbands beim Ministerrat veranlasst. Die oberschlesischen Insurgenten, die bewaffnet über die Grenze gekommen sind, und nunmehr ihr Treiben auf polnisches Gebiet fortführen, stellen eine wahre Landplage dar. Außer den Plünderungen und Tumulten in Posen und Hohenlohe sind von den Insurgenten, nach einer Meldung des sozialistischen „Robot“, in verschiedenen Orten Judenpogrome verübt worden.

Merheim wiedergewählt.

In Lübeck fand dieser Tage der Kongress der französischen Metallarbeiter statt. Abstimmung über den von Merheim erfassten Verwaltungsbericht ergab Stimmen-Gleichheit. 11

Wirtschaftliche Wochenanschau.

Die Organisation des Wiederaufbaus.

Leipzig, den 28. Juli.

Über den Inhalt der Verhandlungen, die zwischen den deutschen und den französischen Sachverständigen über die deutsche Beteiligung am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete stattfinden, ist außer den allgemeinen Grundzügen, die wir in unserer vorigen wirtschaftlichen Wochenanschau darstellten, noch immer nichts veröffentlicht worden, da die Abmachungen noch der Unterstreichung der beiden Regierungen und der Ratifizierung harten. Es ist übrigens nicht anzunehmen, daß vor der am 4. August beginnenden Tagung des Obersten Rates der Vertrag zum Abschluß gebracht werden wird, denn sein Inhalt steht im engsten Zusammenhang mit den Fragen, die dort behandelt und entschieden werden sollen. Denn wenn auch Frankreich anscheinend wenigstens in dieser Frage seine Selbständigkeit gegenüber England trog der Ansprüche mancher englischer Blätter, denen ein allzu inniges Verständnis zwischen Frankreich und Deutschland nicht in den Kram passt und die davon eine Särtung des französischen Einflusses in Europa befürchten, wahren will, wird die französische Regierung England doch nicht brüskieren und ihre Abmachungen mit Deutschland in Einklang mit der Auffassung des Obersten Rates und seiner Regelung der schwedenden Fragen bringen wollen. Es ist darum nicht nur aus politischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen, nicht nur im Interesse der Bevölkerung Europas, sondern auch einer wirtschaftlichen Wiederaufrichtung zu begreifen, daß die französische Regierung mit ihrer Absicht, die Einberufung des Obersten Rates zu verschieben, um in Überholzten Polens wie seine eigene Position zu verbessern und die Aushebung der Sanktionen zu verzögern, Schißdruck erlitten hat und daß der Oberste Rat bereits Mitte der nächsten Woche zusammentritt. Denn sowohl die Aushebung der Sanktionen als das Zustandekommen der Wiederaufbau-Lieferungen sind wirtschaftliche Lebensfragen für Deutschland.

Das wird sofort verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, wie schwer die erste Ratenzahlung bereits auf der deutschen Wirtschaft lastet. Pönalisch hat sich die deutsche Regierung im Ultimatum verpflichtet, bis August eine Milliarde Goldmark an die Reparationskommission abzuliefern. Es gab dafür, da die Regierung sich nicht entziehen konnte, den Goldschach der Reichsbank anzutreifen, keinen anderen Weg als die Beschaffung von Devisen. Das ist zwar der Regierung vollkommen gelungen — aber um weich ungeheuer hohen Preis! Erstens mußte sie zu diesem Zweck große Auslandskredite aufnehmen. So erfreulich es an und für sich ist, daß die deutsche Wirtschaft im Ausland noch solches Vertrauen besitzt, daß man ihr Kredit gewährt, und so erfreulich es weiter ist, daß die Regierung nicht genötigt war, Devisen für die ganze Goldmilliarde auf dem freien Markt zu kaufen, so weit man doch nicht, zu welchen Bedingungen diese Kredite gewährt wurden — auf dem internationalen Geldmarkt werden augenhältig 8 bis 10 Prozent Zinsen gezahlt, mindestens so hoch wird also auch der Zinssatz für diese Kredite sein — und wann sie zurückgezahlt werden müssen. Die Kredite bedeuten also nur eine augenblickliche Erleichterung, gleichsam eine Verteilung der Milliardensumme auf eine längere Zeit, aber gleichzeitig eine Erhöhung der Rate, da die Zinsen mit zu bezahlen sind. Zweitens hat aber auch diese Kreditoperation nicht genügt, um das Sinken der Valuta — eine natürliche Folge der starken Nachfrage nach Devisen — aufzuhalten oder auch nur für längere Zeit abzuschwänzen. Es braucht aber an dieser Stelle nicht mehr darauf hingewiesen zu werden, welche schwerwiegende Wirkungen der Fall der Valuta für unsere ganze Weltwirtschaft, vor allem aber für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zur Folge haben muß. Es sei nur beispielweise darauf hingewiesen, daß mit der teilweisen Freigabe des Getreides die Preise für das marktreife Brot die Höhe der Weltmarktpreise erreichen, also jede Senkung der Valuta mit einer Erhöhung der Brotpreise beantwortet werden wird.

Dabei handelt es sich bloß um eine Goldmilliarde. Nun hat aber Deutschland bekanntlich jährlich zwei Milliarden Goldmark zu zahlen und außerdem eine Summe im Betrage von 25 Prozent seiner Ausfuhr. Wie hoch dieser Betrag sein wird, läßt sich jetzt natürlich noch nicht abschätzen. Wohl aber bestehen wir bereits einen festen Annahmepunkt als bisher. Es ist nämlich — über ein halbes Jahr nach Jahresabschluß! — der Wert unserer Ausfuhr im Vorjahr bekanntgeworden. Er betrug 69,3 Milliarden Papiermark. (Der Wert der Wareneinfuhr konnte noch immer nicht festgestellt werden, so daß ein Urteil über den Stand unserer Handelsbilanz noch nicht abgegeben werden kann; es ist aber zu hoffen, daß sie allmählich aktiv wird, was sich auch aus der Besserung unserer Valuta bis zum Beginn der ersten Reparationszahlung schließen läßt.) Der Wert der Warenlieferungen an die Alliierten (Kohlen, chemische Produkte usw.), der uns bekanntlich gar nicht zur Verfügung gestellt, sondern nur auf Reparationskonto geschrieben und von der deutschen Regierung selbst den Lieferanten gezahlt werden muß, scheint in dieser Ziffer enthalten zu sein. Wenn es auch nach dem Wortlaut des Ultimatums zweifelhaft ist, ob wir für diese Lieferungen ebenfalls die Ausfuhrabgabe werden zahlen müssen, so ist doch zu hoffen, daß davon Abstand genommen wird, also die Beträge dafür von der Ausfuhrabgabe abzuziehen sind. Anderseits aber ist anzunehmen, daß sich der Wert der Ausfuhr im laufenden Jahre (d. h. vom 1. Mai 1921 bis 30. April 1922) trotz der andauernden stagnation im Wirtschaftsleben bedeutend heben wird. Darauf deuten auch schon die letzten Ausfuhrziffern im Vorjahr hin. Sie betrugen im November 7,9 und im Dezember 7,8 Milliarden Mark, liegen also hoch über dem Jahresdurchschnitt. Man wird also nicht allzu hoch greifen, wenn man den Wert der Ausfuhr für das erste Reparationsjahr auf 90 bis 100 Milliarden und dementsprechend die Höhe der Ausfuhrabgabe auf 24—26 Milliarden Papiermark schätzt. Beharrt anderseits unsere Valuta auf ihrem gegenwärtigen Tiefstand, so entsprechen die jährlich zu zahlenden zwei Goldmilliarden mindestens 30 Papiermilliarden, so daß wir für das Jahr 1921/22 mit einer Reparationszahlung von etwa 55 Milliarden Papiermark zu rechnen haben.

Mindestens um diesen Betrag müßte die normale Warenausfuhr die Einfuhr übersteigen, wenn Deutschland instande gelegt sein sollte, seine Reparationszahlungen in Gold bzw. in Devisen zu zahlen. (In Wirklichkeit müßte der Ausfuhrüberschluß um die Zinsen und Tilgungsquoten, die wir im Ausland aufgenommene Kredite zu zahlen haben, größer sein.) Davon kann natürlich keine Rede sein, nicht etwa, weil es uns an Produktionskräften dazu gebraucht, sondern weil uns die allgemeine prekäre Lage des Weltmarktes und die Absperrungsmaßnahmen der meisten kapitalistischen Staaten die Ausfuhrmöglichkeiten stark beschränken. Da Deutschland selbst ein kapitalistisch wirtschaftendes Land ist und im kapitalistischen Weltverkehr steht, ist es den wahnwitzigen kapitalistischen Gesetzen von Kriege und Hochkonjunktur verfallen und wird durch die von der gänglichen Errichtung der Weltwirtschaft verursachten chronischen Krise verhindert, seine Produktivkräfte voll auszunützen.

Die Reparationszahlungen können also für ablesbare Zeit nicht gänzlich in Gold oder Devisen, aber auch nicht aus der Substanz des Volksvermögens geleistet werden, da Substanzverlust die Zahlungsfähigkeit sofort und rasch schwächen würde. Da normale Ausfuhrüberschüsse in dieser Höhe für ablesbare Zeit nicht möglich sind, ist eine Lösung der Reparationsfrage nur so möglich, daß ein erheblicher Teil der Reparationszahlungen durch die Ausfuhr von Waren geleistet wird, die nicht im freien kapitalistischen Handel gekauft werden, sondern für den Wiederaufbau bestimmt sind. Daraus ergibt sich für Deutschland und die Alliierten die zwingende Notwendigkeit einer möglichst schleunigen Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau.

Man darf aber bei Beurteilung der Wiederaufbauverhandlungen mit Frankreich nicht außer acht lassen, daß, von so ungewöhnlicher Bedeutung sie auch für die Beziehungen zwischen beiden Staaten und für den Wiederaufbau nicht nur Frankreichs, sondern auch der industriellen Produktion Deutschlands sind, ihr Erfolg die Frage doch noch nicht ganz löst. Der Anteil Frankreichs an den Reparationszäugungen beläuft sich bekanntlich auf 52 Prozent. Welchen Teil seiner Reparationsverpflichtungen an Frankreich Deutschland in Waren- und Sachleistungen zahlen wird können, ist noch nicht bekannt. Es war einmal davon die Rede, daß der Anteil der Waren- und Sachleistungen fünf Achtel der gesamten Summe betragen sollte. Die französische Regierung hat aber diese Meldung wiederholt dementiert und schließlich erklärt, daß der Lieferungsanteil höchstens fünf Achtel betragen dürfe. Tatsächlich scheint gar keine seise Quote vereinbart worden zu sein, da, soweit aus den französischen Blättern zu entnehmen ist, zwischen der französischen und der deutschen Regierung gar keine jenen Lieferungscontrakte geschlossen werden sollen, sondern die französische Regierung den anspruchsberechtigten Geschäftsgenossen freistellen wird, nach eigener Wahl entweder bei französischen oder bei deutschen Unternehmen Bestellungen zu machen. Nehmen wir aber selbst den günstigsten Fall an, daß auf diesem Wege die Hälfte der an Frankreich gehabten Summe abgezahlt werden kann, so wäre damit doch nur ein Viertel der gesamten Reparationsverpflichtungen in Waren- und Sachleistungen geleistet, drei Viertel müßten weiter in Gold oder Devisen gezahlt werden.

Es müssen datum Mittel und Wege gesucht werden, um in größerem Umfang, als es durch die Beteiligung Deutschlands am französischen Wiederaufbau möglich ist, die Devisenzahlungen durch Warenlieferungen zu erschaffen, und tatsächlich scheinen bereits solche Wege sich zu eröffnen. Die englische Regierung, die um ihren Anteil an den Reparationszahlungen so große Sorge trägt, daß sie die Verteilung der deutschen Zahlungen durch die Reparationskommission gar nicht abwarten kann, sondern sich einen Teil davon dadurch sichert, daß sie die 20prozentige Abgabe selbst einhebt — wozu ihr das Ultimatum das formelle Recht gibt, wo sie aber doch unter den Verbündeten allein steht —, und die mit etwas schemel Anze auf die Wiederaufbauverhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland steht, scheint auch entschlossen zu sein, die sichereren Warenlieferungen den unsicheren Goldzahlungen vorzuziehen. Bei England hat die Sache nur den Haken, daß erstens nichts wiederaufzubauen ist und daß zweitens die englischen Industriellen auf ihre deutschen Konkurrenten noch viel schlechter zu sprechen sind als die französischen, so daß Warenlieferungen an England unmöglich erscheinen. Nun will sich anschließend die englische Regierung so helfen, daß sie von Deutschland Lieferungen verlangen wird, um ihre Kolonien, insbesondere die neu erworbene „Mandats“gebiete aufzubauen. Wenigstens versichert so ein Gewährsmann einer großen französischen Industriezeitung, der angeblich über die Wiederaufbauverhandlungen vollkommen unterrichtet ist. Ueber diese berichtet der Gewährsmann weiter, daß auch die französische Regierung sich diesem Vorgehen Englands anschließen und Deutschland „gestatten“ wird, einen Teil seiner Verpflichtungen durch Lieferungen für die französischen Kolonien und Schutzzonen abzutragen. „Auf diese Weise“, sagt er weiter, „würde es Frankreich möglich sein, ein Programm zur Ausstattung seines Kolonialreiches zu verwirklichen, das sonst bei der ungünstigen Finanzlage noch lange auf die Verwirklichung warten müßte. Die französische Industrie braucht sich deswegen nicht zu beunruhigen, weil die Entwicklung des Kolonialreiches die Zentrale beschleunigt, da Kolonien und Schutzgebiete ernste Kunden der französischen Industrie werden können.“

So ist also in dieser besten aller Welten alles auf Schönste eingerichtet: die deutschen Kapitalisten können sich für den Verlust ihrer Kolonien mit reichlichen Lieferungen für ihre ehemaligen Kolonien trösten und die Ententekapitalisten können an den deutschen Reparationszahlungen profitieren, ohne doch die Konkurrenz der zur Bezahlung der Reparationssummen zu Ausfuhrüberschüssen gezwungenen deutschen Wirtschaft fürchten zu müssen. Wer wird denn so gottlos sein, wie das Schwabenjunge, das, als seine Mutter es aufforderte, Gott lobzusingen, daß er ihm wieder eine Mütze beschert habe, vorlaut die Frage aufwirft: Mutter, lobzingen die Mützen auch? Lobzingen die deutschen Arbeiter auch, aus deren Knochen die Nischenräumen werden herausgeschnitten werden, die den deutschen Kapitalisten für ihre Reparationslieferungen bezahlt werden, und lobzingen die Einwohner der Kolonien auch, die auf diese Art und Weise „erschlossen“ werden?

Doch aber die deutschen Kapitalisten am Wiederaufbau profitieren werden, daran kann gar kein Zweifel sein. Wenn Rathenau beim Antritt seines Amtes noch so gute Voraussetzung gehabt hätte, sie haben ihm doch nur als Pfaster auf dem Wege der Rückkehr des verlorenen Sohnes zur alten kapitalistischen Hölle gedient. Was Rathenau in der Theorie sieht den von ihm verfaßten Vorschlag II der Sozialisierungskommission zur Sozialisierung des Bergbaues — nicht wahrhaben wollte, daß eine Regelung des Bergbaus oder einzelner Wirtschaftszweige unter Beibehaltung der Kapitalisten unmöglich sei, in der Praxis seiner Regierungstätigkeit scheint er es als solche Selbstverständlichkeit anzusehen, daß er kaum den Versuch macht, den Wiederaufbau gemeinwirtschaftlich zu regeln. Nun stehen auch wir auf dem Standpunkt, daß eine gemeinwirtschaftliche Regelung unter Beibehaltung der Kapitalisten recht nutzlos ist, und das traurige Schicksal des sogenannten Kriegssozialismus und der Planwirtschaft hat unserer scharfen Kritik gegen diese pseudo-sozialistischen Maßnahmen vollkommen recht gegeben. Aber während wir den Schluss daraus ziehen, daß die Wirtschaft nun eben ohne die Kapitalisten geregelt werden muß, daß die Kapitalisten systematisch und planmäßig aus dem Wirtschaftsgetriebe ausgeschaltet werden müssen, wozu der Organisation des Wiederaufbaus eine gute Gelegenheit gegeben wäre, lehrt der Kapitalist Rathenau seine wahre Natur hervor und sagt: Denn lieber nicht. Lieber gar keine Regelung, als Ausschaltung der Kapitalisten. Da er aber doch einmal ein fetisches Versprechen gegeben hat, keine Reparationsgewinner auszumachen zu lassen, und da er an-

dersseits seine Klassengenossen kennt und weiß, daß sie nicht um Gottes oder des Vaterlandes willen die Reparationswaren liefern werden, sondern nur, wenn ihnen ein „angemessener“ Profit winkt, glaubte sich der Gute aus der Klemme ziehen zu können, indem er eine Mischung zwischen freier und gebundenen einer Wirtschaft schuf.

Er erstellt nämlich eine Verordnung, die auf folgenden Grundsätzen beruht: Prinzipiell sind alle Warenlieferungen und Werkleistungen auf dem Wege des freien Handels aufzubringen, d. h. die Lieferung wird ausgeschrieben und es findet eine Konkurrenz darum statt, etwa wie bei den Eisenbahnlieferungen. Erst wenn sich bei dieser normalen kapitalistischen Art der Bestellung Schwierigkeiten ergeben sollten, also z. B. wenn zuwenig Lieferungsangebote eingesetzt oder die Angebote zu hoch im Preise sein sollten, kann dieser Weg verlassen und es können sogenannte Leistungsverbände ins Leben gerufen werden. Als solche sind in erster Linie die Länder anzusehen, die möglichst gleichmäßig bei der Vergabe der Lieferungen berücksichtigt werden sollen. Dann aber können auch land- und forstwirtschaftliche, gewerbliche oder Kaufmännische Verbände mit Genehmigung des Wiederaufbauministeriums Leistungsverbände bilden, d. h. es wird der Bod zum Gärtner gemacht. Worin bestehen nun die sozusagen überkapitalistischen Bindungen für die Kapitalisten? Erstens können alle Betriebe, die nach ihrer Leistungsfähigkeit zur Lieferung der angeforderten Waren geeignet sind, bei Bedarf zum Eintritt in einen bestehenden fachlichen Leistungsverband und damit zur Leistung gezwungen werden. Das ist eine sehr vernünftige, aber selbstverständliche Bedingung jeglicher Regelung durch Leistungsverbände, daß sie Zwangsharakter bekommen. Zweitens müssen natürlich auch Strafaktionen verfügt werden können, falls ein Betrieb der Anforderung nicht nachkommt. Aber hier ist sofort der kapitalistische Charakter der ganzen Organisation zu erkennen. Während nämlich im ersten Entwurf außer der Verhängung einer Ordnungsstrafe bis zu 100 000 M. vorgesehen gewesen war, bei Fruchtlosigkeit der Strafe den Betrieb ganz oder teilweise in öffentliche Verwaltung zu nehmen — der einzige richtige Weg, da es kein anderes Mittel gibt, um den Kapitalisten zur Produktion zu zwingen, als ihn aus der Produktion auszuschalten und den Betrieb in Gemeinwirtschaft zu übernehmen! — verzichtet die endgültige Verordnung darauf und beläßt es bei der bloßen Ordnungsstrafe bis zu 100 000 M. Das wird in den meisten Fällen ein Schlag ins Wasser sein, zumal dem Betroffenen die Beschwerde an das Reichswirtschaftsgericht offensteht und man aus der Erfahrung weiß, in welchem Geiste in Deutschland die Gerichte arbeiten. Aber auch abgesehen davon wird der Kapitalist bei den Millionenbestellungen, um die es sich handeln wird, oft gern die Ordnungsstrafe in Kauf nehmen, wenn er sich dadurch von einer ihm unbedeuten Lieferung drücken kann.

Bleibt also die wichtigste Frage, wie durch diese Verordnung das Auskommen von Reparationen gewinnt und verhindert werden kann? Darüber sagt die Verordnung weiter nichts, als daß dem Lieferungspflichtigen der Wert der Leistungen zu erstatzen ist, worunter offenbar auch „angemessene“ Gewinne beigegeben sind, wie bei jeder bisherigen planwirtschaftlichen Regelung, sowie die Nebenkosten, z. B. Transporte, Versicherungskosten usw. Da aber die Lieferungen in der Regel im freien Handel vergeben werden sollen, wird in der Regel der Preis durch freie Vereinbarung zwischen den Kontrahenten, d. h. auf normal kapitalistischem Wege festgesetzt werden. Das wird auch prinzipiell bei der Vermittlung der Lieferungen durch Leistungsverbände der Fall sein. Nur wenn eine solche Vereinbarung nicht zustande kommt, ist die anfordernde Behörde zur Preisfestsetzung ermächtigt, gegen die aber auch noch eine Beschwerde beim Reichswirtschaftsgericht möglich ist, das einen neuen Preis festsetzen kann. Aber selbst dann bleibt es dem Unternehmer noch unbekommen, die Lieferung zu verweigern und die Ordnungsstrafe in Kauf zu nehmen.

Wird diese Regelung das Auskommen von Reparationsgewinnern verhindern? Natürlich kommt es in erster Linie auf die Praxis der Behörden an, aber selbst wenn diese noch so rigoros sein sollte, so lehrt doch alle bisherige Erfahrung, daß die straffe zwangswirtschaftliche Regelung, solange sie auf kapitalistischen Boden bleibt, gegen die kapitalistischen Gesetze, von denen eines der wichtigsten das Profitprinzip ist, machlos ist. Im Kriege und teilweise auch noch nach dem Kriege und bis zum heutigen Tage gab es Wirtschaftswege, in denen die Preisfestsetzung viel mehr nach geweinwirtschaftlichen Grundsätzen erfolgte als in dieser Verordnung. Die Kohle z. B. wird noch heute bewirtschaftet und die Preise ziemlich selbstherrlich vom Staate festgesetzt. Aber obwohl er sie angeblich so festhält, daß die Betriebe nur mit kleinen Gewinnen, ja nach ihren Angaben manchmal sogar mit Verlust arbeiten, wird jemand behaupten wollen, daß es im Bergbau keine Kriegs- und Nachkriegsgewinne gegeben hat? Wie könnte dies erst bei einer so losen Organisation wie der von Rathenau geschaffenen verhindert werden? Ein gewisser Wert ist ihr insofen nicht abzusprechen, als sie eine gleichmäßige, nach Leistungsfähigkeit abgestufte Verteilung der Reparationslieferungen auf die einzelnen Wirtschaftsgebiete und Betriebe besser zu verbürgen scheint, als wenn das Wiederaufbauministerium die Lieferungen unmittelbar zu vergeben hätte. Über zum Hineinragen gemeinwirtschaftlicher Prinzipien in die kapitalistische Wirtschaft, deren Grundprinzipien aller gemeinwirtschaftlichen Organisationen geradezu entgegengesetzt sind, ist die neue Organisation noch viel, viel weniger geeignet als die bisherigen, häufig gescheiterten Kriegs- und Nachkriegsorganisationen.

Wellerer Rückgang des Marktes.

Es kosteten in Berlin	1.7.14	22.7.21	25.7.21	27.7.21
	Mark			
1 amerikanischer Dollar	4.12	76.17	77.92	78.92
1 englischer Pfund Sterling	20.43	273.20	280.20	282.70
100 niederländische Gulden	109.00	297.00	2450.—	2437.55
100 schwedische Kronen	112.50	1573.40	1591.40	1605.85
100 Schweizer Franken	81.00	1252.80	1281.20	1301.15
100 französische Franken	51.00	590.40	603.05	611.15
100 belgische Franken	81.00	578.40	591.40	596.90
100 italienische Lire	81.00	340.60	340.15	330.65
100 deutsch-österreich. Kronen	85.00	9.74	9.99	9.25
100 tschecho-slowakische Kronen	—	99.52%	99.90	100.45
100 ungarische Kronen	—	23.47	23.47	21.47

Im Monat August wird die Wirtschaftliche Wochenanschau nicht erscheinen können; über die wichtigen wirtschaftlichen Vorgänge in diesem Zeitraum soll in der ersten Septembernummer der Wirtschaftlichen Wochenanschau zusammenfassend berichtet werden.

Löpzig'sches Schauspielhaus.

Conduktur, 1200. Direktion: Otto Steinweg. Telefon 1000
Donnerstag, den 28. Juli 1921
Vorstellung: Anton Brand.
Viebe und Trompetenbläser.
Kultspiel in einer Art von Hand-Zirkus und nach Bachwitz.
Die Szene gelegt von Hans Sturm.
Verfasst: Walter Arnold von Treuenfels. Kommandant, Mittelmüller
Maximilian Reichardt von Euvenstein, Director, Leutnant
Hansel Edler von Hartlaub, Director, Captain Adamsohn,
General, Count, Musketier, auf einer breitflächigen Bühne (*).
Hans Steinert, Max Hofmann, Herbert Born, Karl Walther;
Admiralität, (Mittel), Högl; Maria Charlotte (Rutha Frantz);
Juliane (Uta Correns); Brigitte (M. Niemann); Jeanette
(Ulla Schmid).
• Major Gräsch von Proschke ... Anton Brand a. C.
Bei der Handlung: Turnfestszene einer kleinen preußischen Festung
Zeit: 1730.
Ortskarte Pauli nach dem 2. Welt.
Eintritt 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Musik: Anton Brand.

Bretton, den 20. Juli: Viebe und Trompetenbläser. Eintritt 8 Uhr.
Kommandant, den 20. Juli: Viebe und Trompetenbläser. Eintritt 8 Uhr.
Vorverkauf bei K. G. Gottlieb, Peterstraße 16 und bei Hugo Wölck,
Peterstraße, und im Lotteriegeschäft von Heide & Co., Zepter Straße 14.
Der vorgezogene Spielabend soll vom 18. Juli bis 8. August 1921.
Wie zu diesem Tage nach der vorgezogenen Miete der Jahrestafte
an der Tagesstätte eingetragen sein.

Nur noch kurze Zeit!

Eders Groß-Arena-Schau

L.-Schönefeld, Ecke Zittauer u. Taubestra.

Die größten Sensationen des Tages und
zum ersten Male in Leipzig sind:

Simson

Der Mann mit den seltsamen Haaren.
Die Todesfahrt zwischen Himmel u. Erde.

Frl. Erna

Die Dame mit dem Löwengebiss.

Frl. Martha Cramer

Das Wunder weiblicher Kraft
mit dem lebenden Karussell.

Sowie das übrige gr. Sensations-Weltstadt-
Programm. — Zum Schlusse jeder Vor-
stellung: Die Besteigung des 18 Meter
hohen Turmsessel. — Jeden zweiten
Tag: Großes Brilliant-Feuerwerk.
Es versäume niemand, die Weitschau zu
besuchen.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Es lädt ergebenst ein. Die Direktion.
Gäste zuletzt auf dem Meßplatz in Leipzig.

Von der Weihnachtsgabe der Buchdruckerei A.G.
für die Arbeiterschaft, ein

Künstlerischer Wandspruch:

Bekenntnis zum Sozialismus

von Leopold Jakoby

gezeichnet von Gerhart Seger

sind noch Exemplare in unserer Buchhandlung,
Taucher Str. 19/21 und in sämtlichen Filialen
für Mk. 1.— zu haben.

Der Wandspruch darf in keiner
Arbeiter-Wohnung fehlen!



Generalvertreter für Leipzig:
PAUL HUBNER, LEIPZIG
Bayerische Str. 39. Teleph. 11061.

Geduckerten Rippenspeck, Schinken-
speck, Speck, Blutwurst, Thüringer Leber- und
Blutwurst, Echt Allgäuer Räuse Edelweiss, Margarine, wie gute Butter, Clever Stols, Bronzer, Welta, Van den Berg
Colonialwaren usw. Corned beef, 1. Qualität, Blate Brand 8.50 Mk.

Hedwig Boltze, Lebensmittelgeschäft
Gautzsch, Coburger Straße 18.

Ganz Leipzig spricht von meinen neuen Rauchtabakspuffäten Java mit Virginia pro Pfd. 28.— Mk mit Gutschein Paraguay, das Beste vom Besten, pro Pfd. 30 Mk. la Virginia-Shag pro Pfd. 36 Mk.

Kommen, probieren und staunen.
Gleichfalls empfohlen meine Qualitäten von 16 und 20 Mk. pro Pfd.

Keine Ruppen, nur Blattware.

Tabakspezialhandlung Karl Appenrodt
Eilenstrasse 10. I.

Das 1. große öffentl. Volks- und Kinderfest

Ein Fest, was Leipzig noch nie gesehen,
findet Sonntag, den 31. Juli, ab nachm. 4 Uhr im

Naturpark Schleußig

statt. Bitte beachten Sie die Sonnabend- und Sonntag-Anzeigen.

Eintritt 7 Uhr. Eintritt 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
Allabendlich bis einschließlich Freitag, den 29. Juli: Der große
Sänger! Die Scheidungsreise.

Sonnabend, den 30. Juli: Erstaufführung! Sonntag, den 31. Juli,
nachm. 7½ Uhr (erm. Preise): Wenn sich die bösen Dänen töten...
Bestellte Karten müssen bis mittags 2 Uhr abgezogen sein, andern-
falls wird darüber verzollt.

Die Mitglieder der Theatergemeinde Schauspielhaus erhalten gegen
Vorführung ihrer Jahreskarte 50% Rabattung und zahlen dafür

3-Mark-Münzenstück.

Vorverkauf an der Tagesschule des kleinen Theaters, Kasse des Schau-

spielhauses, bei K. N. Goppius, Petersgr. 16, Ang. Wölck, Petersgr.
und im Lotteriegeschäft von Friedrich Grise & Co., Peterstraße 14.

kleines Theater.

Telephon 12300. Direktion: Otto Blechwein. Eiserstraße 49

Donnerstag, den 27. Juli 1921, abends 7½ Uhr
Jum 49. Maté!

Die Scheidungsreise.

Musikalischer Schauspiel in 3 Akten von Leo Waller Stein.

Welt von Hugo Gisch.

Regie: Otto Stoessel. Musikalische Leitung: Kapellmeister Hans Richter.

Wundervoller: 1. Da das Geliebte kann manchmal schmecken! 2. Sieh
doch denn meinet, wenn man es nicht mehr sieht! 3. Wandel von Höhe
zu Höhe führt du! 4. Witten in der Nacht. 5. Das ist der Sport

der Republik.

Eintritt 7 Uhr. Eintritt 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.

Allabendlich bis einschließlich Freitag, den 29. Juli: Der große

Sänger! Die Scheidungsreise.

Sonnabend, den 30. Juli: Erstaufführung! Sonntag, den 31. Juli,
nachm. 7½ Uhr (erm. Preise): Wenn sich die bösen Dänen töten...
Bestellte Karten müssen bis mittags 2 Uhr abgezogen sein, andern-

falls wird darüber verzollt.

Die Mitglieder der Theatergemeinde Schauspielhaus erhalten gegen

Vorführung ihrer Jahreskarte 50% Rabattung und zahlen dafür

3-Mark-Münzenstück.

Vorverkauf an der Tagesschule des kleinen Theaters, Kasse des Schau-

spielhauses, bei K. N. Goppius, Petersgr. 16, Ang. Wölck, Petersgr.
und im Lotteriegeschäft von Friedrich Grise & Co., Peterstraße 14.

Wochentags Eintritt 7½, Anfang 8, Ende 10½ Uhr
Sonntags Eintritt 8, Anfang 8½, Ende 10½ Uhr

Lindenfels

Karl-Heine-Straße 50. Fernruf 18195/96

Ab Freitag, den 29. Juli:

Der Fürst v. Piccadilly

Spannendes Detektivspiel in fünf Akten
mit Joe Jenkins (Kurt Brenndorff).

Dazu die prachtvolle Idylle in vier Akten

Das Los der kleinen Pierrette

Hauptrolle: Helene Makowska.

Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

Wintergarten

Eisenbahnstraße 58. Fernruf 18195/96

Ab Freitag, den 29. Juli:

Lola, die Apachenbraut

Zweiter Teil.

Abenteuer-Film in sechs Akten mit

Colette Corber.

Anna Müller-Lincke in dem Lustspiel

(drei Akte):

Tuch und Schlau

und der übrige Spielplan.

Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

Streichfertige Del- und Lackfarben

in anerkannt vorzüglichsten Qualitäten!

Nicht die gefärbte Breite sind maßgeb., sond. die Qualität.

Fußbodenlackfarbe i. Friedensqualität kg 16,-

(Nenekat Fabrikat und vollkommen fleißbar)

Bordstreichfarbe i. Fußböden, la Ware kg 12,-

Weiß-Emaille-Lackfarbe untere neueste reinweiße

Farbe für Türen, Fenster, kg 24,-

Möbel usw.

Diele in grau, eichenfarben usw. kg 24,-

Bordstreichfarbe i. Fußböden, hell und fett, geruchlos, kg 9,-

Ferner sämtliche Lade-, Del- und Trockenfarben,

Streich, Emulsion, Alkyd in nur besserer Qualität und sorg-

fältiger, sachgemäßer Verarbeitung.

Beste Trockenfarbe und haltbarkeit!

Spezialgeschäft für Farben und Lacke

Kühnert & Co., 42 Eissenstraße 42, Nähe Windmühlenstr. Tel. 5719.

Grau u. Et. in d. bewährtes Mittel, eben

empfohlen als

Kommunalgroßhersteller

Obermeier's Medizinal-

auf's Wahrheit.

Bei Nachbedienung in

Herbs-Creme

befindt, gut empfehlen. Zu-

denken in allen Apotheken,

Druggist u. Droßler.

Sparsamkeit
ist eine Tugend

ALTHOFF

2. Stock

Eis- und Eisgetränke

Erfrischungsraum

2. Stock

Gamaschen & Gürtel

von 50 Mark an von 1 Mark an

sehr solide Qualitätsarbeit

Erneut im Preise herabgesetzt

Eigene Fabrikations- und Reparaturwerkstatt

Vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer!

Karl Blaich Windmühlenstraße 32

Tauchaer Straße 16



Für das Alter, für die Jugend.
Willst Du diese Tugend üben,
Läßt Dir sagen nur das eine:
Nimm als Schuhcreme für die Stiefel
Bilo-Extra und sonst keine.

Betreiber: Ewald Gathmann, Leipzig, Grimmaischer
Steinweg 8.